:antifaschistische nachrichten

Nr. 7

g 3336 6.4.2006 22. jahrg./issn 0945-3946 1,30 €
www.antifaschistische-nachrichten.de

Unter dem Motto „Gegen rassistische Staatsgewalt, Vertuschung und Straflosigkeit – Aufklärung des Todesfalls von Oury Jalloh" kamen am 1. April ca. tausend Menschen von überall zu einer bundesweiten Demonstration nach Dessau. Eingeladen hatten die Selbstorganisationen der MigrantInnen und Flüchtlinge wie Plataforma-Berlin, The Voice-Forum, Carawane, Flüchtlingsinitiative Berlin-Brandenburg und antirassistische Gruppen wie die Antirassistische Initiative Berlin. Entsprechend stark war die Präsens der Flüchtlinge und MigrantInnen. Die Demonstration wurde durchgehend polizeilich gefilmt. Die im Vorfeld angekündigte Drohung und Untersagung der Aussage, dass Oury Jalloh ermordet wurde, wurde durch die konsequente Haltung der OrganisatorInnen zur Farce gemacht. Die selbstorganisierten MigrantInnen und Flüchtlinge gaben mehrfach zu erkennen, dass sie solange kämpfen werden, bis die Wahrheit ans Licht kommt und die Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen werden.

gb/Plataforma-Nachrichten, The voice berlin ■



Foto: attac Halle, indymedia

Münchner Neonaziszene gibt sich neuen Namen

23.2.06 – Norman Bordin, Roland Wuttke und andere firmieren nun unter dem Namen „Bürgerbewegung Pro München – patriotisch und sozial" – Kandidatur bei Kommunalwahl 2008 in München geplant – CSU-Mitglied beteiligt.

Zwei Dutzend Münchner Neonazis haben sich zur „Bürgerbewegung Pro München – patriotisch und sozial" zusammengeschlossen. Unter diesem Namen planen sie auch, zur Kommunalwahl 2008 anzutreten. Mit Norman Bordin (Aktionsbüro Süddeutschland), Thomas Wittke (Kameradschaft München), Roland Wuttke (Bezirksvorsitzender NPD Oberbayern), Wolfgang Bukow (Ex-REP nun Deutsche Partei-Kreisrat in Fürstenfeldbruck), Rüdiger Schrembs (Deutsche Liga für Volk und Heimat, NPD-Bundestagskandidat 2005) und Renate Werlberger (NPD-Bundestagskandidatin 2005) gehören zum Kreis der neuen „Bürgerbewegung" zahlreiche bekannte Münchner Neonazi-AktivistInnen.

Als Vorstände dieser Bündnisorganisation, die sich auf einer Gründungsveranstaltung am 17. Januar 2006 konstituierte, fungieren der frühere JN-Stützpunktleiter Carsten Beck (25), der in München den neonazistischen Buchversand „veritas" betreibt, Wolf Dieter Bombolowsky (62), aktiv im Landesvorstand der Deutschen Partei/DP Bayern und Stefan Werner (25), 2005 Kandidat für die NPD München bei der Bundestagswahl und Aktivist der DP Bayern.

Die neonazistische „Bürgerbewegung Pro München" plant eine Kandidatur bei der Kommunalwahl in München im März 2008 sowie die Herausgabe einer Publikation „Pro München". Auch ein gleichnamiger Internetauftritt ist in Vorbereitung.

Der Name „Bürgerbewegung Pro München" orientiert sich zum einen am Konzept des Neonazi-Aktivisten Roland Wuttke (Mering, München), unter scheinbar „neutralen" bzw. „harmlosen" Namen in die Öffentlichkeit zu treten. Die Mitglieder der „Bürgerbewegung" sind teilweise identisch mit dem Ende 2003 aufgelösten extrem rechten Sammlungsprojekt „Demokratie direkt".

Zum anderen lehnen sich die Münchner Neonazis mit der neuen Bezeichnung an die in Köln lokalpolitisch aktive extrem echten Gruppierung „Pro Köln" an.

Zu den Gründungsmitgliedern der neonazistischen „Bürgerbewegung Pro München" gehört mit Thomas S. Fischer (München) auch ein CSU-Mitglied, welches damit mit Neonazis gegen die KandidatInnen der eigenen Partei antreten will. Thomas S. Fischer hat bei der „Bürgerbewegung" gar den Posten eines Beisitzers übernommen.

Der CSU sind die Aktivitäten Fischers (z. B. in der extrem rechten „Deutschlandbewegung" und dem völkischen Witikobund), seine Artikel für neonazistische Organe (Nation & Europa, Witiko-Brief) und Auftritte (z. B. bei der holocaustleugnenden Gesellschaft für freie Publizistik) seit 1997 bekannt. Bis Ende Januar 2006 zumindest wurde von der CSU nicht einmal ein Parteiausschlussverfahren eingeleitet.

Die erste Aktivität der „Bürgerbewegung Pro München" war die Teilnahme am neonazistischen „8. Neujahrstreffen" am 22.1.2006 in München, wo Carsten Beck als Vorstand den neuen Zusammenschluss den anwesenden Neonazis bekannt machte.

Gregor Lewin, Antifaschistische Informations-Dokumentations- und Archivstelle München e. V. (A.I.D.A.)
e-Mail: gregor.lewin@aida-archiv.de,
Internet: www.aida-archiv.de ■



Aus dem Inhalt:

Referat von Prof. Klaus Dörre auf der Jahrestagung der Antifaschistischen Nachrichten am 4.2.06: Prekarisierung der Arbeitswelt – Triebkraft eines neuen Rechtspopulismus? 7

Antiamerikanisches für die Truppe

BONN/WIESBADEN. In regelmäßiger Folge rezensiert die vom „Streitkräfteamt, Informations- und Medienzentrale der Bundeswehr“ herausgegebene Schrift „Information für die Truppe“ Bücher. In der aktuellen Ausgabe der „IFDT“ (1/06) ist es ausgerechnet ein Buch aus dem Dr. Böttiger-Verlag in Wiesbaden, dem Hausverlag der bundesdeutschen LaRouche-Connection.

„Angesichts der dargestellten Arroganz fühlt der Leser plötzlich die gleiche Ablehnung gegen die Amerikaner in sich aufsteigen, wie sie die muslimische Welt empfindet“, heißt es dort über das Buch „Die Zukunft des Irak – Pax Americana?“ des ehemaligen deutschen Militärattaches in Bagdad, Oberst a.D. Jürgen Hübschen. Der Leser solle das Buch „kritisch lesen“, es helfe aber nicht dabei, die „amerikanische Sichtweise zu verstehen, sondern verleitet eher zu Antiamerikanismus“. Umgekehrt schaffe es der Autor aber gut, „die arabische Sichtweise zu verdeutlichen“.

Die „amerikanische Kulturarroganz scheint auf Europa übergesprungen zu sein“, heißt es in der „IFDT“ abschließend. Dies erkläre, „warum sich der Hass vieler Muslime auf die USA nun plötzlich gegen den gesamten Westen richtet“.

Im Dr. Böttiger-Verlag unter Geschäftsführung von Helmut Böttiger (Taunusstein) erscheint auch die Wochenzeitung „Neue Solidarität“, die die sogenannte „Bürgerrechtsbewegung Solidarität“(BüSo) protegiert, ein Produkt des amerikanischen Millionärs Lyndon LaRouche und seiner Frau Helga Zepp-LaRouche. Für die „BüSo“ kandidierte Dr. Helmut Böttiger 1994 für das Europaparlament. Außerdem arbeitete Böttiger im „Arbeitskreis Demokratiereform“ mit, einem Mitglied der nationalistischen „Deutschland-Bewegung“ um Alfred Mechtersheimer.

Die Dr. Böttiger-Verlags GmbH und die Zeitung „Neue Solidarität“ unterzeichneten 2002 eine „Resolution zur Wiederherstellung der Einheitlichkeit der deutschen Rechtschreibung“ des Blattes „Deutsche Sprachwelt“. Diese Resolution wurde auch von der Zeitschrift „Das Freie Forum“ der neofaschistischen „Gesellschaft für freie Publizistik“ (GfP), dem deutschtümelnden „Eckartboten“ aus Österreich, dem „Ostpreußenblatt“ und der „Jungen Freiheit“ unterstützt. Im August 2005 nahm Buchautor Jürgen Hübschen am „Außenpolitischen Forum“ der „BüSo“ in Berlin teil. In einem Faltblatt des „fzs“, dem „Freien Zusammenschluß von StudentInnenschaften“ (antifa@fzs.de), wird unter der Überschrift „Wahn GmbH & Co. KG“ ausdrücklich vor der „Bürgerrechtsbewegung Solidarität“ gewarnt, die vor allem in Universitätsstädten auftritt. Die „BüSo“ sei „nichts anderes als eine mit rechtsextremer und antisemitischer Ideologie durchsetzte politische Sekte, die von wenigen FührerInnen gesteuert ist“, heißt es dort abschließend. „Sie hat weder an der Hochschule noch in emanzipatorischen sozialen Bewegungen etwas zu suchen!“.

Weitere Informationen unter: http://www.agpf.de/LaRouche.htm und http://www.bueso.de.vu *hma* ■

Paneuropa-Tage in Magdeburg

MAGDEBURG. Die diesjährigen „Paneuropa-Tage“ der „Paneuropa-Union Deutschland“ (PEU) und der „Paneuropa-Jugend“ (PEJ) finden vom 5. bis 7. Mai im Magdeburger „Maritim-Hotel“ statt.

Unter der Schirmherrschaft von Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) lautet das Motto diesmal „Damit Europa Wurzeln schlägt: PANEUROPA“. Als Referent angekündigt wird neben dem polnischen Europaparlamentsabgeordneten Prof. Dr. Zbigniew Zaleski, Prof. Dr. Karl Graf Ballestrem, dem Außen- und europapolitischen Sprecher der CSU im Bundestag Thomas Siberhorn, dem E.ON-Vorstandsmitglied Hartmut Geldmacher und dem Präsidenten des Bundesverbandes Erneuerbare Energie e.V. Johannes Lackmann auch Prof. Dr. Erich Reiter aus Österreich. Dieser war bis vor kurzem Sektionschef im „Österreichischen Bundesministerium für Verteidigung“. Nachdem Reiter in einem Interview mit dem Wochenmagazin „News“ für eine EU-Atomwaffe eingetreten war, wurde er von Verteidigungsminister Platter wegen „Vertrauensverlust mit sofortiger Wirkung“ von seiner Aufgabe entbunden. Reiter, der viele Jahre der FPÖ angehörte, schreibt auch für die Wochenzeitung „Zur Zeit“, dem österreichischen Ableger der „Jungen Freiheit“, und war Ende der 90er Jahre stellvertretender Vorsitzender der „Genius-Gesellschaft für freiheitliches Denken“, in der sich FPÖ-Dissidenten, enttäuschte „National-Freiheitliche“ und andere Haider-Gegner sammelten. *hma* ■

Neuer Mietvertrag

KÖNIGSWINTER. Die „Landsmannschaft Schlesien“ hat auch weiterhin ihren Sitz im Gebäude des Vereins Haus Schlesien e.V. in Königswinter. „Probleme und Konflikte“, die zur Beendigung des bestehenden Mietverhältnisses geführt hatten“, seien „ausgeräumt“ bzw. konnten „entschärft“ werden. Der Bundesvorsitzende der „Landsmannschaft Schlesien“, Rudolf Pawelka, war bis 2005 Aufsichtsratsvorsitzender der umstrittenen „Preußischen Treuhand“. Nun sei eine „interne Vereinbarung“ getroffen worden, die eine Art „Verhaltenskodex“ darstelle, die für beide Partner „verbindliche Regeln der künftigen Zusammenarbeit“ enthalte, heißt es im aktuellen „Brief aus dem Haus Schlesien“. *hma* ■

Großdemonstration in Mannheim bleibt verboten

MANNHEIM. Die 11. Kammer des Verwaltungsgerichts Karlsruhe hat einen Eilantrag gegen die Versammlungsverbotsverfügung der Stadt Mannheim vom 28.2.2006 abgelehnt. Die Stadt Mannheim hatte die Großdemonstration, die am 8.4.2006 in Mannheim stattfinden soll und zu der 750 Teilnehmer der rechten Szene erwartet werden, verboten. Gegen die von der Stadt Mannheim angeordnete sofortige Vollziehbarkeit der Versammlungsverbotsverfügung richtete sich der Antrag auf Gewährung vorläufigen Rechtsschutzes.

In den Gründen ihrer Entscheidung legt die Kammer dar, dass hinreichende Anhaltspunkte für eine unmittelbare Gefährdung der öffentlichen Sicherheit bei Durchführung der Versammlung bestünden. Der Inhalt der beabsichtigten Versammlung verstoße aller Voraussicht nach schon wegen des angekündigten Themas „Schafft Meinungsfreiheit – Freiheit für ZÜNDEL, RUDOLF, VER-



BEKE und IRVING“ gegen strafrechtliche Bestimmungen. Das genannte Motto nehme Bezug auf vier weltweit agierende Revisionisten, die in einer Vielzahl von Veröffentlichungen den Holocaust leugneten und ein den Nationalsozialismus verharmlosendes Geschichtsbild propagierten.

Mit der Forderung nach Meinungsfreiheit billige der Veranstalter deren bereits öffentlich verbreitete Meinung, insbesondere die Leugnung des Völkermords, der Massenvernichtung der europäischen Juden unter der nationalistischen Herrschaft. Der öffentliche Friede werde durch Aufmärsche von Rechtsextremisten gestört, die unter dem Deckmantel ihrer Forderung nach Meinungsfreiheit und Freiheit für die vier inhaftierten Revisionisten in Wahrheit nationalistisches Gedankengut verbreiten wollten. Die Gefahr, dass Straftaten begangen würden, wenn die Veranstaltung am 8.4.2006 zugelassen werde, drohe auch im Hinblick auf einzelne Redner.

In Verbindung mit dem Motto der Versammlung sei auch die angekündigte Verwendung schwarz-weißroter Fahnen aller Wahrscheinlichkeit nach strafbar. Die Stadt Mannheim hebe in ihrer Verbotsverfügung zu Recht darauf ab, dass durch den Einsatz einer unbegrenzten Anzahl dieser Fahnen an die damaligen Aufmärsche des NS-Regimes erinnert werden solle.

Presseerklärung des Verwaltungsgerichts Karlsruhe vom 24.3.06 zum Beschluss vom 22.03.2006 – 11 K 632/06 -. Der Beschluss ist nicht rechtskräftig. Den Beteiligten steht hiergegen die Beschwerde an den Verwaltungsgerichtshof Baden- Württemberg zu. ■

Nazis fahren frustriert nach Hause

GÜTERSLOH. Einer verhältnismäßig geringen Zahl von AntifaschistInnen gelang es heute in Gütersloh, den Nazis den geplanten Aufmarsch gehörig zu vermiesen. Nach etlichen Stunden Beine-in-den-Bauch-stehen, gaben die Faschisten nach der zweiten Blockade der Alternativ-Strecke endgültig auf und ließen sich über einen Wirtschaftsweg an der Bahnlinie entlang zurück zum Bahnhof führen – schweigend und mit wirklich dickem Hals ...

Nachdem es bereits kurz nach Ankunft der Faschisten am Bahnhof zum ersten Schock für sie kam, weil einige Antifas sich einfach unter sie gemischt hatten und nun ihr Transparent vor ihre Nase hielten, kam der Aufzug schon nach wenigen hundert Metern zum Halten. Etwa 100 AntifaschistInnen gelang es, sich auf die Demonstrationsroute der Nazis zu stellen und so zu blockieren.

Da die Polizei in Gütersloh von Beginn an stark auf Deeskalation setzte, weil der Widerstand zu nicht unbedeutenden Teilen von SchülerInnen getragen wurde, konnte dieser Blockadepunkt für ca 1 1/2 Stunden gehalten werden. (Zur Orientierung: Der offizielle Beginn der Nazi-Veranstaltung sollte ursprünglich 12.00 Uhr sein. Das Ende dieser ersten Blockade fand gegen 16.00 Uhr statt ... 4 Stunden Regen und Rumstehen für Reitz und Co ...).

Bereits nach diesem Aufenthalt verkürzte die Polizei die Marschroute der Nazis auf eine kleinere Schleife. Allerdings stießen sie wenig später erneut auf eine Blockade. Nach nunmehr 5 Stunden in der Pampa rumstehen, hatten die Nasen endgültig dieselben voll und erklärten sich einverstanden, die Demonstration vorzeitig abzubrechen, um zum Bahnhof zurückzukehren. Dies wurde Ihnen (sowohl von der Polizei als auch von den Antifas) gerne gewährt.



Fronttransparent der Neonazi-Demonstration in Gütersloh

So haben die zugereisten Nazis nicht viel von Gütersloh zu sehen bekommen und dafür auch noch über 5 Stunden gebraucht.

Mehr zum Aufmarsch in Gütersloh unter www.courage-gegen-rechts.de.vu ■

Rechtsextremisten wollen Rauchverbote

BERLIN. In die Debatte um den Nichtraucherschutz in der Bundesrepublik hat sich jetzt auch die rechtsextremistische „Nationaldemokratische Partei Deutschlands“ (NPD) eingeschaltet. In einem Leitartikel im offiziellen Parteiorgan „Deutsche Stimme“ werden kategorische Rauchverbote auf Fußballfeldern und in der Gastronomie gefordert – „aus Gründen des Erhalts der Volksgesundheit, der Kameradschaft gegenüber Nichtrauchern und der Vorbildfunktion als Familienpartei“.

Den Funktionären des Deutschen Hotel- und Gaststättenverbandes (DEHOGA) wird von der vom Verfassungsschutz seit Jahrzehnten beobachteten Partei vorgeworfen, sie ließen sich von der Tabakindustrie „unterstützen“, sprich: bestechen: „Völlig wirklichkeitsfremd“ werde deshalb noch immer von drohenden Umsatzeinbußen „gefaselt“; erforderliche gesetzliche Maßnahmen würden „torpediert“.

Thomas Klaus ■

Rassismus in der Oberliga NOFV Süd

BERLIN. Die rassistischen Zwischenfälle beim Oberligaspiel des Halleschen FC gegen Sachsen Leipzig (2:2) haben ein Nachspiel – für das Opfer. Wie der Sprecher der Polizeidirektion Halle/Saale mitteilte, hat die Polizei in Halle gegen den nigerianischen Fußballer von Sachsen Leipzig, Adebowale Ogungbure, Anzeige nach Paragraph 86 a (Verbreiten von Propagandamitteln verfassungswidriger Organisationen) erstattet und entsprechende Ermittlungen aufgenommen. Dem Schwarzafrikaner wird vorgeworfen, den Hitler-Gruß gezeigt zu haben.

Nach übereinstimmenden Medienberichten war Ogungbure, 24, am Samstag in Halle während fast des gesamten Spiels Opfer rassistischer Schmähungen gewesen. Er sei als „Drecksnigger und Bimbo“ beschimpft worden, wird Ogungbure zitiert. Auch Dritte berichteten, der Nigerianer habe 90 Minuten lang so genannte Affenlaute über sich ergehen lassen müssen. Die Lage eskalierte nach Halles Ausgleich zum 2:2 in der Schlussminute: Fans beider Vereine versuchten, den Rasen zu stürmen, wurden aber von 450 Polizisten zurückgedrängt. Als Ogungbure den Rasen verlassen wollte, seien die Schmährufe wieder aufgebrandet. Daraufhin zeigte Ogungbure den Halleschen Anhängern den Hitler-Gruß sowie „das Diktatorbärtchen“, indem er zwei Finger der anderen Hand an seine Oberlippe führte. „Ich wollte zeigen, dass ich mir nichts gefallen lasse“, zitierte die Bild den Spieler, der tätlich angegriffen und bespuckt wurde. Der Leipziger Volkszeitung sagte er: „In meiner ganzen Karriere wurde ich noch nicht so behandelt wie in dieser Oberliga.“

Ostdeutsche Medien unterstützten dies noch durch ihre Berichterstattung. „Für den negativen Höhepunkt des Derbys sorgte der Leipziger Adebowale Ogungbure. Nachdem er von aufgebrachten Fans provoziert worden war, ließ sich der Nigerianer beim Abgang vor der Haupttribüne zum Hitlergruß hinreißen“, schrieb zum Beispiel die Mitteldeutsche Zeitung aus Halle.

Quelle: SZ 28.3.2006 ■

NPD kandidiert in Verden und Dörverden

Wie die Verdener Nachrichten vom 29. März 2006 berichteten, will die NPD bei den niedersächsischen Kommunalwahlen am 10. September mit eigenen Kandidaten sowohl für den Kreistag wie auch für den Verdener Stadtrat und den Gemeinderat Dörverden antreten. Demnach sind für die Kreistagswahlbereiche Dr. Rigolf Hennig und Malte Bormann (Verden/Dörverden), Sven Wellhausen (Oyten/Ottersberg), Daniel Fürstenberg (Langwedel/Kirchlinteln/Thedinghausen) und Matthias Schultz (Achim) nominiert worden.

Zudem wollen Hennig und Wellhausen auch für den Verdener Stadtrat und Schultz und Fürstenberg für den Gemeinderat Dörverden kandidieren. Der NPD-Kandidat für Verden, Dr. Rigolf Hennig, praktizierte als Chirurg für die Berufsgenossenschaft der Krankenkassen. Der „Braune Arzt im weißen Kittel“ (Vgl.:HAZ, 6.7.1992) ist seit über 20 Jahren als Funktionär in den verschiedenen Organisationen der extremen Rechten, so in den Jahren 1989 bis 1990 als Kreisvorsitzender der „Republikaner“ in Verden in Erscheinung getreten. Ab Anfang der 1990er Jahre gehörte er zu den Gründungsmitgliedern der „Deutschen Liga für Volk und Heimat“, zu deren Beisitzer im Bundesvorstand Henning gewählt wurde. 1997 wechselte er über zum revanchistischen Wittikobund. Zuletzt im Dezember vergangenen Jahres wurde Rigolf Hennig vom Landgericht Lüneburg zu 9 Monaten Haft ohne Bewährung verurteilt. Dies geschah aufgrund eines von ihm verfassten Artikels im „Reichsboten“, einem „Blättchen“, welches unter anderem von Hennig herausgegeben wird. Der Inhalt dieser Veröffentlichung stellt laut Gericht „eine schwere Verunglimpfung des Staates“ dar.

Hennigs Uneinsichtigkeit und seine Versicherung, weiterhin solche Schriften zu veröffentlichen, bewog das Gericht dazu, seine Strafe nicht auf Bewährung auszusetzen. Jedoch muss er seine Zeit hinter Gittern aufgrund seines Alters von 71 Jahren nur im offenen Vollzug verbüßen.

Bei Daniel Fürstenberg und Matthias Schultz handelt es sich um ehemalige Heisenhof-Bewohner, die nach angedrohtem Zwangsgeld vorübergehend nach Verden zogen und sich jetzt wieder in Dörverden angemeldet haben. Bei den Bundestagswahlen im vergangenen September erzielte die NDP in Dörverden mit 4,04 Prozent ihr mit Abstand bestes Ergebnis im Wahlkreis Rotenburg-Verden. „Szenebeobachter“, so die Verdener Nachrichten, berichten, dass die Neonazis in der Gemeinde eine zunehmende Zahl von Anhängern um sich scharen. Unter den 7514 Wahlberechtigten bei der Kommunalwahl befinden sich 602 Jungwähler im Alter zwischen 16 und 21 Jahren.

Unterdessen verstrickt sich der Hamburger Nazianwalt Jürgen Rieger immer tiefer in juristische Auseinandersetzungen um die Nutzung des Heisenhofes. Beim Oberverwaltungsgericht Lüneburg sind inzwischen sechs Verfahren anhängig. Da auf dem Heisenhof nach wie vor ein Kommen und Gehen herrsche, werde gegen das Verbot einer dauerhaften Wohnnutzung verstoßen, lautet eine der Begründungen, warum die beantragten Umbaumaßnahmen des ehemaligen Kasernengeländes als Wohnort und braunes Schulungszentrum bislang nicht genehmigt wurden.



Dagegen, wie auch über die Nachbehandlung seines Antrages auf den Bau einer Kleinkläranlage hat Rieger den Landkreis wegen Untätigkeit verklagt. In Retour ging dem Direktor der Wilhelm-Tietjen-Stiftung vor wenigen Wochen eine Abrissverfügung für eins der Gebäude zu. Darin wird Rieger aufgefordert, das ehemalige Offizierswohnheim abzureißen, nachdem ihm für den Umbau bereits die Genehmigung versagt worden war. Auf Rieger wartet ein langer Weg, wenn die Gemeinde all ihre Bescheide und Auflagen im Instanzenweg gerichtlich klären lassen will.

Unterdessen plant das Dörverdener Bündnis gegen Rechtsextremismus den nächsten Sonntagsspaziergang. Er soll am 14. Mai wieder zum Heisenhof führen, Beginn ist um 14.30 Uhr.

kun ■

(weitere Infos unter http://www.heisenhof-dichtmachen.tk/)

Rechte wollen bei WM aufmarschieren

Berlin. Berichten des „Tagespiegel“ zufolge, will die rechtsextreme Szene während der Fußball-Weltmeisterschaft mit gezielten Provokationen Aufmerksamkeit erregen. Nach Erkenntnissen von Verfassungsschützern planen NPD und Neonazis mehrere Demonstrationen, um sich mit dem judenfeindlichen Staatspräsidenten Irans, Mahmud Ahmadinedschad, zu solidarisieren. Ahmadinedschad ist bei Rechtsextremisten populär, weil er den Holocaust leugnet und die Vernichtung Israels fordert. Fünf Aufmärsche hätten NPD und Neonazis bereits angemeldet, sagten Verfassungsschützer dem Tagesspiegel.

Am 10. Juni, dem ersten Tag nach Beginn der WM, wollten die Rechtsextremisten in Gelsenkirchen demonstrieren. Vier weitere Märsche seien zwischen dem 3. Juni und dem 25. Juni in Thüringen angemeldet. Wahrscheinlich werde die Szene eine ganze Serie von Demonstrationen während der WM inszenieren.

Die Rechtsextremisten setzten darauf, dass die bei der Weltmeisterschaft stark strapazierte Polizei „ein geschwächter Gegner sein wird“, warnte ein Verfassungsschützer. Neben den Aufmärschen plant die NPD nach Informationen anderer Sicherheitsexperten eine weitere Provokation: Zur Weltmeisterschaft solle eine CD mit einschlägiger Musik produziert und an Fußballfans verteilt werden. Auf dem Cover sei ein Bild des Kapitäns der deutschen Weltmeistermannschaft von 1954, Fritz Walter, vorgesehen. Die NPD hatte schon vor der Bundestagswahl mit einer CD Ärger verursacht. Sie wurde gratis vor Schulen verteilt, es kam zu Konflikten mit Nazi-Gegnern.

Sorge bereitet Verfassungsschützern im Vorfeld der WM auch die Verbindung zwischen der teilweise rechtsextremen deutschen Hooliganszene und den als besonders brutal geltenden polnischen Fußballrandalierern. Die Hooligans aus dem Nachbarland verbreiten derzeit in der deutschen Szene die professionell gemachte Publikation „Der Grenzgänger“, in der wüste Schlägereien glatzköpfiger Fußballfans sowie Schlachten mit der Polizei am Rande polnischer Fußballspiele bejubelt werden. Sicherheitsexperten befürchten, dass mehr als 130 Seiten starke Heft sei eine Anleitung für Krawalle bei der Weltmeisterschaft.

Als gefährdet gilt vor allem Berlin wegen seiner Nähe zur polnischen Grenze. Im vergangenen November hatten sich polnische und deutsche Hooligans zu einer verabredeten Schlägerei in einem Wald nahe Frankfurt (Oder) getroffen. Dabei mischten mindestens fünf deutsche Neonazis mit.

Tagesspiegel online, 30.3.2006 ■

Landtagswahlen für Rechte enttäuschend

„Deutschlandpakt" soll aber fortgesetzt werden

Sachsen-Anhalt. Der DVU, die mit einem riesigen Aufwand an Werbung und mit persönlichen Briefen an ausgesuchte Wähler ihren Wahlkampf geführt hat, ist es nicht gelungen, in den Landtag von Sachsen-Anhalt einzuziehen. In einer Pressemitteilung der Initative Zivilcourage Halle heißt es dazu:

„Auch wenn jetzt alle aufatmen und feststellen, das die demokratischen Parteien das Problem DVU gelöst haben, sprechen die Zahlen über Opfer rechter Gewalt eine andere Sprache. Allein in den neuen Bundesländern wurden 2005 insgesamt 614 rechtsextremistisch motivierten Gewalttaten, davon 170 in Sachsen-Anhalt registriert. Pömmelte, Köthen und Halberstadt stehen in diesem Jahr für Fremdenfeindlichkeit und Intoleranz in Sachsen-Anhalt.

Die Initiative Zivilcourage, das hallesche Bündnis für Demokratie, Toleranz und Gewaltlosigkeit, ruft alle verantwortlichen Politikerinnen und Politiker aber auch alle Bürgerinnen und Bürger Sachsen-Anhalts dazu auf, das Engagement gegen Rechtsextremismus intensiv fortzusetzen.

Die Gefahr der Instrumentalisierung der Probleme in unserem Land durch extremistische Kräfte ist unverändert akut. Dringend notwendig es ist, in Sachsen-Anhalt deutlich mehr Mittel für Jugendbildungsarbeit, das zivilgesellschaftliche Engagement und die Existenzsicherung entsprechender Einrichtungen und Vereine bereitzustellen."

Initiative Zivilcourage Halle zum Ergebnis der Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt
iz@friedenskreis-halle.de ■

Ergebnisse rechter Parteien in Sachsen-Anhalt:

Die **DVU**, die gehofft hatte, nach vier Jahren, die sie nicht im Landtag vertreten war, mit ähnlichem Erfolg wie 1998 wieder in das Landesparlament einzuziehen erhielt nur 3 % = 26 894 Stimmen.
Im Süden des Landes schnitt sie in den Wahlkreisen Nebra (5,7 %),
Naumburg (5,0 %),
Zeitz (4,8 %) und
Hohenmölsen-Weißenfels (4,6 %)
allerdings deutlich besser ab.

Die **REP** können mit 0,5 % und 4321 Stimmen ebenfalls nicht zufrieden sein, schnitten aber gegenüber der Bundestagswahl 2005, wo sie nur 0,3 % hatten, sogar etwas besser ab.

Noch geringer fiel das Ergebnis für **„Pro DM"** (0,1 % und 989 Stimmen) und **Offensive Deutschland-DSU** aus (0,3 % = 2561 Stimmen).

NPD-Ergebnisse bei den Wahlen am 26.3.2006:

Die vorläufigen Endergebnisse der Landtagswahlen in Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg sind für die NPD nicht wirklich ein Erfolg. Parteichef Udo Voigt spielt in seiner Stellungnahme die enttäuschenden Ergebnisse runter als „typische Westergebnisse".

Rheinland-Pfalz: 1,2% = 21056 Stimmen, hier gibt es zwar Wahlkampfkostenerstattung für die **NPD**, aber die Konkurrenz, die **REP** liegen mit 1,7 % = 29923 Stimmen noch deutlich vor der NPD.

Baden-Württemberg: NPD 0,7% = 29222 Stimmen. Wahlkampfkostenerstattung gibt es hier nicht, die hätte es erst ab 1 % gegeben. Die **REP** mit 2,5 % sind deutlich vor der NPD positioniert.

Eines ist aber in beiden Bundesländern Trend: Die REP erzielten in beiden Bundesländern früher höhere Ergebnisse und befinden sich im Abwärtstrend.

Die NPD legt bei den Wahlergebnissen insgesamt zu und ihr gelingt es auch zunehmend, flächendeckender zu kandidieren. In einigen Regionen hat sie auch deutlich bessere Ergebnisse als im Landesdurchschnitt:

Einzelergebnisse Rheinland-Pfalz:

Donnersbergkreis 3%
Kreisstadt Kaiserslautern 1,8%
Südwestpfalz 1,9%
Worms 2,5%
Zweibrücken 2,2%

Einzelergebnisse Bad.-Württemberg:

Sindelfingen 1,7%
Mötzingen 2,0%
Villingen-Schwenningen 3,8%
Brigachtal 2,8%
Tuningen 2,7%

Bei den zeitgleich stattfindenden Kommunalwahlen in Hessen holte die NPD in Frankfurt mit 1,4% ein Mandat
Wölfersheim: 10,2%
Kreistagswahl Wetterau: 3,6%
Kelkheim 3,1%
Gemeindewahl Stadt Leun 8,3%
Lahn-Dill-Kreis 1,9%

Durchhalteparolen bei den REP:

Der Bundesvorsitzende der „Republikaner" Rolf Schlierer kommentierte die anhaltend schlechten Wahlergebnisse für seine Partei als „keine gute Nachricht". Der CDU sei es gelungen, „mit Alibi-Aktionen wie der Scheindiskussion um den sog. Einbürgerungs-Fragebogen ein für die Republikaner wichtiges Themenfeld politisch zu neutralisieren."

Nach der folgenlosen Unterschriftenaktion der Hessen-CDU gegen den Doppelpass drohe jetzt ein neuer schwarzer Super-Wahlbetrug nach dem Motto: Vor der Wahl Sprüche klopfen – nach der Wahl nichts tun. Wie immer wird die „totale Medienblockade" beklagt, die verhindere, dass die Positionen der REP richtig rüberkommen könnten. Nichts deutet in seiner Stellungnahme allerdings darauf hin, dass er einen Beitritt zum Deutschlandpakt von DVU und NPD in Erwägung zieht. Dies wird wohl weiter an der Parteibasis praktiziert werden, was den Zerfallsprozess dieser Variante neofaschistischer Politik nur weiter befördern kann. *u.b.* ■

DFB will gegen Propaganda der NPD vorgehen

Frankfurt. Der Deutsche Fußballbund als auch Werder Bremen haben angekündigt, rechtliche Schritte prüfen zu lassen gegen einen sog. WM-Planer, den die NPD veröffentlicht hat. Darin ist ein Foto vom Trikot des deutschen Nationalspieler Patrick Owomoyela von Werder Bremen abgedruckt. Die Bildunterschrift spielt in provokanter Weise auf die deutsch-afrikanische Abstammung des Fußballers an.



Immer wieder werden vor allem dunkelhäutige Spieler zum Ziel rechtsradikaler Hasstiraden. Jetzt, im Vorfeld der Weltmeisterschaften, denen die internationale Weltöffentlichkeit sicher ist, soll nach Möglichkeit vermieden werden, dass solche Bilder und Berichte um die Welt gehen. *u.b.* ■

Frankreichs Jugend ist in Aufruhr, jedenfalls zu größeren Teilen. Auch unter Arbeitern und Angestellten nimmt die Bereitschaft zu Streiks und Arbeitsniederlegungen zu, um die Demontage des Kündigungsschutzes u.a. durch den so genannten „Ersteinstellungsvertrag" (CPE) noch zu verhindern. Auch wenn der von vielen Angehörigen der Protestbewegung geforderte „Generalstreik" bisher nicht eingetreten ist, sondern die Arbeitsniederlegungen von abhängig Beschäftigten (anders als die studentischen Streiks) sich jedenfalls bislang im Rahmen 24-stündiger Aktionstage hielten, spitzt sich der soziale Konflikt derzeit zu.

Frankreich:

Extreme Rechte hetzt weiter gegen die Protestbewegung

Präsident Chiracs Ansprache im französischen Fernsehen vom Freitag Abend, 31. März, die ein höchst unklares Kompromissangebot enthielt, konnte die Wogen nicht glätten. Dieses „Angebot" sieht ungefähr so aus: Der Präsident unterzeichnet das Gesetz, das damit automatisch in Kraft tritt; er stellt aber zugleich Änderungen in Aussicht, die ihrerseits ein neues Gesetzgebungsverfahren benötigen würden. Im Prinzip ging es ihm ganz klar nur darum, den Gewerkschaften die Eröffnung von Verhandlungen über ein solches neues Gesetz anzubieten – die aber nur dann zu einem Abschluss kommen könnten, wenn die Lohabhängigenorganisationen den CPE (und damit die Verringerung des Kündigungsschutzes) im Kern akzeptieren, um nunmehr über die konkreten Modalitäten seiner Anwendung zu diskutieren.

Händeringend versuchen auch andere Politiker des bürgerlich-konservativen Lagers, irgendwie doch noch die prinzipielle Zustimmung eines Teils der Gewerkschaften zum neuen Regelwerk zu erreichen, indem sie bereit sind, an den konkreten Ausführungsbestimmungen Abstriche zu machen. In der laufenden Woche werden vor allem der Dienstag und der Mittwoch (4. und 5. April) zu entscheidenden Wendepunkten der Ereignisse werden. Am 4. April ist zunächst ein erneuter Aktionstag mit massiven Straßendemonstrationen und 24-stündigen Streiks in vielen Sektoren geplant. Ab dem 5. April wird sich die Frage entscheiden, ob es darüber hinaus in größerem Ausmaß zu unbefristeten Ausständen „bis zur Rücknahme des CPE" kommt, wie der radikalere Flügel der französischen Gewerkschaften es anstrebt.

Jean-Marie Le Pen: Streikende vor den Richter!

Die Protestbewegung kann bisher auf die Unterstützung einer klaren Mehrheit in der französischen Gesellschaft bauen. In den letzten Märztagen sprachen sich in Repräsentativumfragen 62 % zugunsten der Proteste aus, nur 27 % dagegen. Die Ablehnung des CPE, und damit der Aushebelung des Kündigungsschutzes, reicht also bis weit in die bürgerliche Mitte. Allerdings existiert auch ein harter Kern in der konservativen Wählerschaft der Regierungspartei UMP, der das Projekt dezidiert unterstützt. Bisher gelingt es der konservativ-liberalen UMP aber nicht, eine aktive Unterstützung für ihr Vorhaben auch auf der Straße oder in den Universitäten zu mobilisieren.

Die extreme Rechte ihrerseits bemüht sich um eine Profilierung auf absoluten Hardliner-Positionen, wohl mit dem Hintergedanken, dadurch als die konsequentere Rechte auftreten und auch um die Sympathien schwankender konservativer Wähler werben zu können. Dies in einer Periode, da sie selbst unter dem Abwerbedruck des hyperaktiven konservativen Innenminister Nicolas Sarkozy steht: Dieser äußerte erst jüngst in einem Interview mit der Tageszeitung ‚Le Parisien' (vom 29. März 06), er wolle „Wähler des Front National umwerben" und diese „jeden einzeln gewinnen".



Studierende, Lohnabhängige, Schüler – wr werden gewinnen. Alle Prekäre, alle solidarisch!

Über die bereits in der vorigen Ausgabe (AN 6/2006) publizierten Informationen hinsichtlich des Agierens der extremen Rechten in dieser Situation hinaus, gibt es folgende neue Erkenntnisse zu vermelden:

In einem Kommuniqué an die französische Presse erklärte Jean-Marie Le Pen, es handele sich bei den neuerlich geplanten Arbeitsniederlegungen gegen den CPE um einen „Verstoß gegen die Demokratie". Sie seien schlichtweg „illegal", da das positive Recht (Anm.: Artikel L. 521-1 des Arbeitsgesetzbuches, Code du travail) vorschreibe, dass Streiks, um gesetzmäßig zu sein, auf die Erfüllung „berufsbezogener Forderungen" abzielen müssten. Da es sich um politische Streiks handele, die Druck auf den Gesetzgeber ausüben sollten, sei diese Erfordernis nicht gegeben. Die Pariser Abendzeitung ‚Le Monde' vom 30. März fasst den Auftritt des FN-Vorsitzenden vor der Presse in einer Kurzmeldung zusammen: „Monsieur Le Pen wünscht, dass die gegen den CPE Streikenden vor Gericht gestellt werden."

Die rechtsextreme Wochenzeitung ‚National Hebdo', die der Partei Le Pens zu 40 % unmittelbar gehört, stößt in dasselbe Horn. Unter der Überschrift: „Einmal mehr, einmal zu viel: DER ILLEGALE STREIK" liest man in ihrer Ausgabe vom 30. März: „Der vielfältige Streik, der mehr oder minder die Aktivität in unserem Lande lähmt, ist total illegal. Genauer gesagt, handelt es sich um eine Vielzahl von illegalen Streiks, die organisiert werden, und die einen doppelten Skandal darstellen. Skandal der angeblich repräsentativen Gewerkschaften (...) die sich ohne Zurückhaltung illegalen Aktionen hingeben. Und Skandal einer Regierung, die so tut, als sähe sie nichts, während sie die Gewerkschaften niederschlagen könnte."

Die Wochenzeitung ‚Minute', die eine Scharnierfunktion zwischen der neofaschistischen Rechten und bestimmten konservativen Milieus inne hat, kommt am 22. März 06 auf die Verhaftung von militanten Neofaschisten in der Nähe der Pariser Sorbonne zurück. Dabei werden die Gewalttätigkeiten gegen Protestierer oder „linke Randalierer" kein bisschen verheimlicht. Stolz bekennt sich die Zeitung dazu und beklagt gleichzeitig ein Komplott gegen die rechten Aktivisten. Originalton: „Nationalisten, Royalisten, Katholiken oder Identitäre (letztere sind militante Neonazis, Anm. B.S.) – sie waren gekommen, um ‚linke Chaoten zu klatschen'. Sie glaubten, dass die Polizisten ihre Verbündeten seien. Sie sahen sich auf bösartige Weise in die Zange genommen und werden vor Gericht gestellt werden." Der gesamte Artikel, eine Seite lang, ist aus Sicht der militanten rechten Aktivisten verfasst, die am 18. März im Pariser Quartier Latin unterwegs waren. Er steht unter der Überschrift: „Die Nationalisten werden sich daran erinnern: Die bösartige Manipulation von (Innenminister) Sarkozy."

Eine jüngste Umfrage des IFOP-Instituts unter 14.269 jungen Leuten zwischen 18 und 24 Jahren belegt, dass die extreme Rechte parallel zum aktuellen sozialen Konflikt an Boden verloren hat. Die Sympathiewerte für den Front National fielen demnach in dieser Altersgruppe von 9,8 % (zum Jahreswechsel 2005/06) auf noch 6,9 %, im März dieses Jahres. (Vgl. ‚Le Monde' vom 24. März)

Bernhard Schmid, Paris ■

Prekarisierung der Arbeitsgesellschaft – Triebkraft eines neuen Rechtspopulismus?

Tagung der AN am 4. 2.2006

Professor Klaus Dörre, Friedrich-Schiller-Universität Jena

Ich möchte zu einem Thema sprechen, zu dem sich Industrie- und Wirtschaftssoziologen eher selten äußern. Es geht um den Zusammenhang zwischen einer Prekarisierung der Arbeitsgesellschaft und rechtspopulistischen Orientierungen.

1. Die These

Ich bin der Ansicht, dass es solche Zusammenhänge gibt. Sie sind allerdings außerordentlich komplex und empirisch schwer zu erfassen. Meine These lautet: Die auch in Deutschland zu beobachtende Ausbreitung prekärer Beschäftigungsverhältnisse erzeugt nicht nur soziale Desintegration; sie bringt zugleich einen neuen gesellschaftlichen Kontrollmodus mit vielfältigen Disziplinierungsmechanismen hervor. Je nahtloser sich Individuen oder Gruppen diesen Disziplinierungsmechanismen unterwerfen, desto stärker neigen sie dazu, ausgrenzende Integrationsvorstellungen zu entwickeln und den Kampf um Statuspositionen mit dem Mittel des Ressentiments gegen Outsider, aber auch gegen sozial benachbarte Gruppen zu führen. Dies ist eine, wenn auch nicht die einzige Quelle eines neuen Rechtspopulismus, der in Deutschland vor allem als Unterströmung in demokratischen Organisationen und Parteien wirksam ist.

Zur Begründung dieser These greife ich auf Ergebnisse einer qualitativen empirischen Untersuchung zurück, die ich gemeinsam mit Klaus Kraemer und Frederic Speidel durchgeführt habe. Die Studie basiert auf knapp 100 themenzentrierten Interviews mit Arbeitern und Angestellten, darunter zahlreiche prekär Beschäftigte, mehreren dutzend Expertengesprächen mit Führungskräften, Betriebsräten und Gewerkschaftern sowie einigen Gruppendiskussionen mit Leiharbeitern. An dieser Stelle beschränke ich mich auf die Genese rechtspopulistischer Orientierungen. Zum besseren Verständnis präsentiere ich vorab jedoch einige wichtige Befunde zur Prekarisierung der Arbeitsgesellschaft.

2. Prekarisierung der Arbeitsgesellschaft

Mit dem französischen Sozialwissenschaftler Robert Castel (2000, 2005) teile ich die Auffassung, dass sich die nachfordistischen Arbeitsgesellschaften mehr und mehr in drei Zonen spalten. Die Mehrzahl der Lohnabhängigen ist noch immer in einer – allerdings schrumpfenden – „Zone der Integration" mit formal gesicherten Normbeschäftigungsverhältnissen tätig. Dazwischen expandiert eine „Zone der Prekarität" mit heterogenen Beschäftigungsformen, die sich allesamt dadurch auszeichnen, dass sie oberhalb eines kulturellen Minimums nicht dauerhaft Existenz sichernd sind. Am unteren Ende bildet sich eine – in Deutschland noch relativ kleine – „Zone der Entkoppelung" heraus, in welcher sich die von regulärer Erwerbsarbeit Ausgeschlossenen, die „Entbehrlichen" der Arbeitsgesellschaft befinden. Auf der Grundlage des eigenen empirischen Materials kann ich die Castel'sche Hypothese für Deutschland präzisieren und neun typische Verarbeitungsformen (Schaubild 1) unterscheiden, die eine soziale Hierarchie der nachfordistischen Arbeitsgesellschaft abbilden.

Schaubild 1: (Des-)integrationspotentiale von Erwerbsarbeit – eine Typologie

Zone der Integration

1. Gesicherte Integration („Die Gesicherten")
2. Atypische Integration („Die Unkonventionellen" oder „Selbstmanager")
3. Unsichere Integration („Die Verunsicherten")
4. Gefährdete Integration („Die Abstiegsbedrohten")

Zone der Prekarität

5. Prekäre Beschäftigung als Chance / temporäre Integration („Die Hoffenden")
6. Prekäre Beschäftigung als dauerhaftes Arrangement („Die Realistischen")
7. Entschärfte Prekarität („Die Zufriedenen")

Zone der Entkoppelung

8. Überwindbare Ausgrenzung: („Die Veränderungswilligen")
9. Kontrollierte Ausgrenzung / inszenierte Integration („Die Abgehängten")

An dieser Stelle muss ich darauf verzichten, die Typologie im Detail vorzustellen. Ich beschränke mich auf die Präsentation von vier wichtigen Befunden.

Erstens zeigt sich, dass soziale Unsicherheit sowohl in der „Zone der Prekarität" als auch in der „Zone der Entkoppelung" höchst unterschiedlich verarbeitet wird. In beiden Zonen stoßen wir auf ähnliche Grundmuster. Gruppen (Typ 5, 8), die wir als Hoffende oder als Veränderungswillige bezeichnet haben, klammern sich an den Glauben, eines Tages doch noch den Sprung in die Normalität zu schaffen. Sie setzen auf den „Klebeeffekt" eines unsicheren Beschäftigungsverhältnisses oder vertrauen auf einen anvisierten Bildungsabschluss. Daneben finden sich in beiden Zonen Verarbeitungsformen, die auf eine Verstetigung von Prekarität und Ausgrenzung hinauslaufen (Typ 6, 7, 9). Die Realisten, die Zufriedenen und die Abgehängten entwickeln aus unterschiedlichen Gründen Strategien, um in einer Lebenssituation, die durch strukturelle Unsicherheit gekennzeichnet ist und eine Art „Provisorium im Dauerzustand" konstituiert, überleben zu können. Das Ziel einer Überwindung von Prekarität oder Ausgrenzung haben diese Gruppen im Grunde aufgegeben. Dies spricht dafür, dass sich prekäre Lebenslagen auch in den Habitusformen und Handlungsstrategien eines Teils der Befragten reproduzieren.

Zweitens entsteht durch die Verstetigung von Prekarität und sozialem Ausschluss eine neue gesellschaftliche Konfliktlinie. Klassenspezifische Verteilungskonflikte, die wieder an Brisanz gewinnen, werden von einer Konfliktlinie überlagert, die das Drinnen und Draußen reguliert. „Normale" Ansprüche an ein „gutes Leben" lassen sich im Grunde nur mittels Zugehörigkeit zur schrumpfenden „Zone der Integration", mittels Teilhabe an einem Normarbeitsverhältnis erreichen. Alles, was jenseits der sicheren Zone positioniert ist, zeichnet sich durch Grade des Ausschlusses von materiellem Wohlstand, sozialer Sicherheit, reichen Sozialbeziehungen und Partizipationschancen aus. Im Unterschied zu den subproletarischen Existenzen des 19. Jahrhunderts führen unsichere Beschäftigungsverhältnisse in den Arbeitsgesellschaften der Gegenwart aber nicht, jedenfalls nicht zwangsläufig, zu vollständiger Entwurzelung und Pauperisierung. Vielmehr befinden sich die prekär Beschäftigten in einer eigentümlichen Schwebelage. Sie müssen alle Energien mobilisieren, um den Sprung in sichere

Verhältnisse vielleicht doch noch zu schaffen. Permanente Anstrengungen sind aber auch nötig, um einen vollständigen Absturz in die „Zone der Entkoppelung“ zu vermeiden.

Drittens zeigt sich, dass dieser prekäre Schwebezustand auch bei Befragten, die noch über ein Normalarbeitsverhältnis verfügen, Abstiegs- und Prekarisierungsängste auslöst. Bei den Verunsicherten und Abstiegsbedrohten (Typ 3, 4) können Abstiegsängste eine besondere Wirkung entfalten, weil diese Gruppen noch etwas zu verlieren haben. Standortkonkurrenzen und die zahlreichen Wettbewerbspakte, in denen häufig Zugeständnisse bei Arbeitszeiten, Löhnen und Arbeitsbedingungen gegen befristete Beschäftigungsgarantien getauscht werden, erzeugen auch in den Stammbelegschaften ein permanentes Gefühl der Verunsicherung. Im öffentlichen Dienst entfalten Privatisierungsdrohungen eine ähnliche Wirkung. Mit anderen Worten: Prekarisierungsprozesse sind auch innerhalb der „Zone der Integration“ wirksam – und dies nicht nur als diffuses Gefühl der Bedrohung sondern in Gestalt massiver Verschlechterungen der Arbeits- und Lebensbedingungen.

Viertens begünstigt die Herausbildung einer „Zone der Prekarität“ die Produktion „gefügiger Arbeitskräfte“ (Boltanski/Chiapello 2003). Gerade weil sich die prekär Beschäftigten im unmittelbaren Erfahrungsbereich der über Normarbeitsverhältnisse Integrierten bewegen, wirken sie als ständige Mahnung. Wenngleich Leiharbeiter und befristet Beschäftigte betrieblich meist nur Minderheiten sind, wirkt ihre bloße Präsenz disziplinierend auf die Stammbelegschaften zurück. In Bereichen mit hoch qualifizierten Angestellten produzieren Freelancer und abhängig Selbständige einen ähnlichen Effekt. So finden sich im Grunde in allen Beschäftigungssegmenten Wechselbeziehungen zwischen Stammbelegschaften und flexiblen Arbeitskräften, die den „Besitz“ eines unbefristeten Vollzeiterwerbsverhältnisses als verteidigenswertes Privileg erscheinen lassen. Aus diesem Grund ist die Prekarisierung kein Phänomen an den Rändern der Arbeitsgesellschaft. Sie bewirkt eine allgemeine subjektive Unsicherheit, die bis tief hinein in die Lebenslagen der formal Integrierten reicht. Prekarität wirkt desintegrierend und zugleich als disziplinierende Kraft. Insofern erzeugt und stützt sie ein Kontrollsystem, dem sich auch die Integrierten kaum entziehen können.

3. Die rechtspopulistische Axiomatik

Nach unserem Verständnis bezeichnen Prekarität und Prekarisierung somit keine sozioökonomische Lage, die außerhalb der Subjektivität der Befragten existiert. Vielmehr stehen diese Begriffe immer auch für ein Macht- und Kontrollsystem (Foucault 2000), das sozialstaatliche Kompromissbildungen sukzessive durch die Disziplin des Marktes zu ersetzen sucht und entsprechende Verhaltensweisen hervorbringt. Dieser Befund ist für die politischen Verarbeitungsformen von Prekarisierungsprozessen bedeutsam. Zwar folgt die Produktion politischer Einstellungen und Meinungen einer eigenen, gegenüber den unmittelbaren Arbeitserfahrungen relativ autonomen Logik (Bourdieu 1988). Es gibt jedoch Berührungspunkte zwischen beiden Sinnwelten. Etwa dann, wenn bestimmte Alltagsphilosophien und Denkschemata eingespielte Formen der Arbeitsteilung und damit korrespondierende soziale Ungleichheiten legitimieren. Immer dann, wenn solche Legitimationen infolge veränderter Arbeitsteilungen erodieren, entstehen, wie ich zeigen werde, Spielräume für die Ausbreitung – auch – rechtspopulistischer Orientierungen.

Tatsächlich finden sich bei mehr als einem Drittel unserer Befragten Elemente einer rechtspopulistischen Axiomatik. Im Anschluss an Bourdieu bezeichnet diese Axiomatik ein Produktionsprinzip politischer Meinungen, das im Unterschied zu spontanen Haltungen, Emotionen und Stereotypen bereits ein System „expliziter politischer Prinzipien“ hervorbringt, welches einer eigenen inneren Logik folgt (Bourdieu 1988: 655-659). Die von uns identifizierte rechtspopulistische Axiomatik umfasst acht zentrale Topoi:

der kohärente alltagspolitische „Gesamtkonzeption“. In unterschiedlichen Ausprägungen findet sich diese „Gesamtkonzeption“ in allen Zonen der Arbeitsgesellschaft. Von Integrierten wird sie genauso formuliert wie von prekär Beschäftigten oder Ausgegrenzten. Diese Feststellung ist für sich genommen bereits ein wichtiger Befund.

Denn offenkundig sind rechtspopulistische Orientierungen weder ein exklusives Phänomen der „Gesicherten“ noch der „Prekarier“. Vielmehr können in allen Positionen und Lagen, die die nachfordistische Arbeitsgesellschaft konstituieren, rechtspopulistische Orientierungen entstehen.

Deutlich wird zudem, dass sich die skizzierte Axiomatik nicht unmittelbar auf Arbeitserfahrungen zurückführen lässt. Es handelt sich offenbar um Einstellungen, Haltungen, Urteile und Deutungsschemata, die gegenüber situativen Einflüssen und Erfahrungen eine erhebliche Persistenz besitzen.

Für einen Zuwanderungsstopp kann man sein, obwohl oder gerade weil man in einer Region mit verschwindend geringem Ausländeranteil lebt. Die Ansicht, dass Migranten Deutschen die Arbeitsplätze wegnehmen, wird nicht zuletzt von Interviewpartnern formuliert, die ihren eigenen Arbeitsplatz für sicher halten. Und die Ausgrenzung von „Sozialschmarotzern“ fordern ausgerechnet solche Personen, die selbst wirtschaftlich einigermaßen saturiert sind und die nicht um sozialpolitische Ressourcen konkurrieren müssen.

Schaubild 2: Indikatoren rechtspopulistischer „Alltagsphilosophien“

(1) ‚Zuwanderung zerstört die deutsche Kultur und muss gestoppt werden‘
(2) ‚Ausländer nehmen den Deutschen die Arbeitsplätze weg‘
(3) ‚Wenn gespart werden muss, dann bei den Sozialschmarotzern‘
(4) ‚Die deutsche Geschichte darf nicht länger Ballast sein‘
(5) ‚Wir wollen stolz auf Deutschland sein, können es aber nicht‘
(6) ‚Politiker sind unglaubwürdig, manche Gangster. Das gesamte System muss verändert werden‘
(7) ‚Ein bisschen weniger Demokratie kann nicht schaden‘
(8) ‚Rechte Parteien sind zu extrem, aber sie sprechen die richtigen Themen an‘

Die skizzierten Topoi bilden eine Logik des Ressentiments ab, die nationale Zugehörigkeit nach einem binären Schema codiert, auf diese Weise Abgrenzungen gegenüber Outsidergruppen vornimmt und so eine Ideologie der imaginären Integration durch den Ausschluss anderer hervorbringt.

Diese Ideologie ist nicht per sé extremistisch, aber sie ist für extremistische Zuspitzungen offen. Es handelt sich zwar nicht um ein geschlossenes rechtes Weltbild, aber doch um eine mehr oder min-

4. Arbeitserfahrungen, Arbeitsteilung, rechtspopulistische Orientierungen

Damit ist allerdings nicht gesagt, dass Arbeitserfahrungen für die Entstehung rechtspopulistischer Orientierungen unbedeutend sind. Das Gegenteil ist der Fall. Die marktzentrierte Flexibilisierung der Produktion von Gütern und Dienstleistungen und die damit einher gehenden Prekarisierungsprozesse verändern nicht nur eingespielte Formen der Ar-

beitsteilung; sie sorgen auch dafür, dass die Legitimation dieser Arbeitsteilungen erodiert. Dies schafft Raum für fremdenfeindliche, neorassistische Klassifikationen. Anders gesagt, eine relativ erfahrungsresistente rechtspopulistische Axiomatik bemächtigt sich nicht nur konkreter Arbeitserfahrungen, sie wird durch marktzentrierte Arbeitsformen beständig bestätigt und forciert. Wir haben diesen Prozess der Umformung von Arbeitserfahrungen in mindestens fünf Erfahrungsbereichen eingefangen:

Schaubild 3:

(1) Negative Flexibilisierung ohne politische Repräsentation

(2) „Entweiblichung" und „Zwangsfeminisierung"

(3) Umkämpfte Hierarchien in disziplinierten Produktionsgemeinschaften

(4) Ethnische „reine" Arbeitersolidarität

(5) Selbstinstrumentalisierung in „entgrenzten" Arbeitsformen

Exemplarisch sei einer dieser Zusammenhänge erläutert. In einem großen Automobilwerk stoßen deutsche Leiharbeiter auf Vorarbeiter mit Migrationshintergrund, von denen sie angelernt werden. Es kommt zu Konflikten, in einem Fall zu einer gewaltsamen Auseinandersetzung, die in eine Morddrohung gipfelte. In den Augen der deutschen Leiharbeiter verhalten sich die türkischen oder kroatischen Vorarbeiter „hochnäsig" und „arrogant". Die Leiharbeiter sehen sich selbst als „Ablassventil" von Ausländern, die sich am „schwächsten Glied" in der Kette reiben wollen. Die subalterne Behandlung, die in dem Vorwurf gipfelt, dass jeder Ausländer besser behandelt werde als sie selbst, beantworten die Leiharbeiter ihrerseits mit einer fremdenfeindlichen Klassifikation. Als Begründung führen sie an, dass „es uns vielleicht auch gut gehen" würde, wenn die Ausländer nicht da wären. Unversehens erhält der Wunsch des Leiharbeiters, selbst Stammarbeiter zu werden, eine fremdenfeindliche Wendung. Es verdichtet sich die Überzeugung „die Ausländer sind halt besser gestellt als wir". Verstärkt wird diese Haltung durch die offizielle Konfliktverdrängung im Betrieb. Fremdenfeindliche Orientierungen gedeihen im Verborgenen. Würden sie explizit, müssten die Beteiligten mit harten Sanktionen durch die Werksleitung und den Betriebsrat rechnen. Aufgrund dieser Konstellation entsteht im Werk eine Art doppelter Realität. Mit Blick auf das eigene Team und die konkrete Arbeitstätigkeit verhält man sich unternehmenskonform. Doch unter dem Deckmantel der politischen Korrektheit blühen fremdenfeindliche und teilweise offen rassistische Klassifikationen. Die heimliche, informelle Verbreitung solcher Klassifikationen erscheint als subversiver Akt, nicht nur gegen „arrogante Ausländer", sondern auch gegen „die da oben", die ihre ausländerfreundliche Politik mit repressiven Mitteln durchsetzen.

Das Beispiel des Automobilherstellers steht durchaus exemplarisch für andere Fälle. In den disziplinierten Produktionsgemeinschaften transnational agierender Konzerne haben Ausländerfeindlichkeit, Rassismus und rechtsextremistische Tendenzen offiziell keinen Platz, denn sie wären geschäftsschädigend. Doch kosmopolitische Orientierungen des Managements können in den disziplinierten Belegschaften geradewegs gegenteilige Reaktionen auslösen. Sind sie doch – nicht nur aus der Perspektive prekär Beschäftigter – die eigentlichen Verursacher von Unsicherheit und Abstiegsängsten. Ausländerfreundliche, tolerante Haltungen werden in den Augen der Befragten somit ausgerechnet von jenen zur Norm erklärt, die die Verantwortung für die schwierige Situation von (Leih-)Arbeitern tragen. Dass diese „Kosmopoliten" ihre Normen im Zweifelsfall auch mit repressiven Mitteln durchsetzen, erzeugt Ablehnung. Wut auf die Vorgesetzten verbindet sich mit einer fremdenfeindlichen, latent rassistischen Klassifikation, die im betrieblichen Alltag unterdrückt wird und eben deshalb nicht wirksam dekonstruiert werden kann.

5. Rebellischer, konservierender und konformistischer Rechtspopulismus

Arbeitserfahrungen werden in unterschiedlichen sozialen Positionen verarbeitet und in die rechtspopulistische Axiomatik eingepasst. Auf der Grundlage unseres empirischen Materials unterscheiden wir drei charakteristische, mit Arbeitserfahrungen angereicherte Ausprägungen der rechtspopulistischen Axiomatik, die nicht unmittelbar mit den Zonen der Arbeitsgesellschaft korrespondieren, gleichwohl jedoch eine gewisse Zonenspezifik besitzen: die konformistische, die konservierende und die rebellische Variante rechtspopulistischer Orientierungen.

Die rebellische Variante findet sich vor allem bei Befragten aus der „Zone der Entkoppelung" und der „Zone der Prekarität" (Typ 6, 8, 9). Charakteristisch für diese Variante ist, dass sie in erster Linie von einem Zerfall kohärenter rationaler politischer Orientierungen zeugt. Dementsprechend zerrüttet und diffus sind auch die politischen Orientierungen der Befragten. Die Ausgegrenzten und Prekarier schwanken zwischen Resignation und imaginärer Revolte, einer Revolte, die zumeist in jenen Bahnen verbleibt, die ihnen das System aufzwingt. Ihr Protest erscheint in gewisser Weise richtungslos; er wendet sich gleichermaßen gegen „die da oben" wie gegen „fremd" und „anders". Vor allem aber richtet er sich gegen die gesamte politische Klasse. Das Schwanken zwischen resignativer Unterwerfung und ostentativen Elendsbekundungen folgt dabei einer affektiven Quasi-Systematisierung: Es handelt sich um eine nahezu geschlossene Weltsicht, die in erster Linie auf Gefühlen basiert.

Die konservierende Variante findet sich bevorzugt bei formal integrierten Beschäftigten, die sich freilich überwiegend mit einem drohenden sozialen Abstieg konfrontiert sehen oder zumindest von Abstiegsängsten getrieben werden (Typ 3, 4). Diese Befragten zielen im Grunde darauf, ihre eigene soziale Position zu verteidigen, indem sie Ressentiments als Triebfeder „gesellschaftlicher und politischer Aktion" nutzen (Castel 2005: 67 f.). Ressentiments gegen andere werden gezielt als Mittel in der Konkurrenz um Ressourcen und gesellschaftlichen Status eingesetzt. Die Argumentation dieser Gruppen ist stärker rationalistisch geprägt. Bei Verteilungskämpfen unterscheiden die Befragten durchaus zwischen „oben" und „unten"; ihre Grundhaltung steht daher nicht in Widerspruch zu gewerkschaftlicher Organisierung und kollektiver Interessenvertretung. Dieser reaktive Nationalismus von Lohnabhängigen stellt eine sozialpopulistische Antwort auf die Entgrenzung der Märkte dar. In einer historischen Situation, in der die alte Verklammerung von Nationalstaat und sozialreformerischer Politik zerbrochen ist, bietet sich die Politik mit den Grenzen als imaginärer Ausweg an. So unterschiedlich die individuellen Überzeugungen und Klassifikationssysteme der einzelnen Befragten auch sein mögen, einig sind sich die Betreffenden darin, dass Zuwanderung Arbeitsplätze kostet, deutschen Staatsbürgern Kosten verursacht und die Lebensqualität schmälert. Konservierend verhalten sich diese Arbeiter und Angestellten, weil sie mit einem rigiden Zuwanderungsregime eigentlich die Vorzüge der alten „Bonner Republik" (oder auch ih-

rer ostspezifischen Wahrnehmung) bewahren wollen. Auf diese Orientierungen trifft zu, dass sich ein rudimentärer „Klasseninstinkt“ mit einer Mischung aus Missgunst und Verachtung paart, „die auf Unterschieden zwischen sozialen Lagen fußt“ und mit der „man die Verantwortung für das eigene Unglück bei jenen Gruppen sucht, die sich auf der sozialen Leiter knapp oberhalb oder knapp unterhalb der eigenen Position befinden“ (Castel 2005: 68).

Die rebellische und die konservierende Variante muss indessen von einer Orientierung unterschieden werden, die ich als *konformistischen Rechtspopulismus* bezeichnen will. Diese Variante findet sich bevorzugt in der „Zone der Integration“ (Typ 1, 2) und hier häufig bei Befragten, die kontrollierende Arbeitstätigkeiten ausüben. Von einer konformistischen Variante sprechen wir, weil sie wesentlich auf Überanpassung an hegemoniale Normen beruht und sich durch eine eher affirmative Haltung zu einem marktzentrierten Umbau des Wirtschafts- und Gesellschaftsmodells der Bundesrepublik auszeichnet. Diese vermeintlichen Modernisierungsgewinner sehen sich überwiegend mit einem erheblichen Problemdruck konfrontiert. Während der Leistungsdruck im Job zunimmt, gibt es immer weniger Garantien, dass überdurchschnittlicher Einsatz auch zum gewünschten Ziel führt. Je größer der Leistungs- und Anpassungsdruck ist und je vorbehaltloser entsprechende Normen erfüllt werden, desto vehementer verlangt man Gleiches von anderen. Das Streben nach nahtloser Integration in die betriebliche Arbeitswelt (Arbeitsorientierung) dient den Befragten offenkundig als normative Referenzfolie, um gesellschaftliche Probleme (politisches Bewusstsein) zu bewerten. Integration – etwa von Ausländern – ist dann nur noch als Assimilation, als nahtlose Anpassung an die Mehrheitsgesellschaft denkbar. Und wer einer solchen Integrationsvorstellung nicht entspricht, läuft Gefahr, als nicht integrationsfähig, mithin ausgrenzbar, abqualifiziert zu werden. Die konformistische Variante macht besonders deutlich, dass Übergänge zu rechten Orientierungen nicht als Entsprechung zum wahrgenommenen Ausmaß sozialer Desintegration begriffen werden dürfen, sondern auch und gerade als Folge einer Überanpassung an Normen entstehen können, die für ein Integrationskonzept konstitutiv sind, das, etwa auch im Feld hochqualifizierter Informationsarbeit, Erfahrungen strukturieren kann.

6. Schlussfolgerungen

Was bedeuten diese empirischen Befunde für die sozialwissenschaftliche Debatte um die Ursachen eines neuen Rechtspopulismus? Abschließend seien drei Schlussfolgerungen benannt.

Erstens belegt unsere Untersuchung, die Existenz eines rechtspopulistischen Potentials, das sich aus höchst unterschiedlichen, z. T. geradezu gegensätzlichen Motiven und Interessenlagen speist. Auf theoretische Erklärungsansätze bezogen bedeutet dies, dass die scheinbar unversöhnliche Frontstellung zwischen Deprivationsansätzen, an die sich z. B. Robert Castel (2005) anlehnt, und Dominanzkultur-Ansätzen (Rommelspacher 1995, Held u. a. 1996), die in scharfer Frontstellung zu so genannten „Defizit-Theorien“ operieren, möglicherweise nur unterschiedliche empirische Phänomene thematisiert. Die Dominanzkultur-These besagt, dass Personen, die „sich mit den herrschenden Werten Geld, Karriere und Erfolg identifizieren“, die „das Leistungsprinzip verabsolutieren und die zwischenmenschlichen Beziehungen auf ihre Funktionalität für das Eigeninteresse reduzieren“, für rassistische und autoritär-nationalistische Einstellungen besonders anfällig sind (Rommelspacher 1995: 86). Demnach ist der Neorassismus „in seiner systematischen Erscheinungsform vor allem ein Problem der Etablierten bzw. jener, von denen erwartet wird und die von sich selbst erwarten, dass sie einmal dazugehören werden – mit aller Gewalt“ (ebd.). Unschwer lassen sich in dieser Diagnose Züge der „konformistischen“ Rechtspopulismus-Variante erkennen. Wenn Dominanzkultur-Theoretiker wie Rommelspacher (1995: 86) aber formulieren, der Neorassismus sei kein vorrangiges „Problem der Zu-Kurz-Gekommenen“ und statt dessen im „Wohlstandschauvinismus“ (ebd.: 87) die Hauptursache neorassistischer Klassifikationen sehen, verfehlen sie freilich die Eigenheiten des „konservierenden“ wie auch des „rebellischen“ Rechtspopulismus.

Im Kontrast zu solchen Vereinseitigungen lässt sich **zweitens** festhalten, dass es durchaus Zusammenhänge zwischen Prekarisierung, der damit verbundenen Wiederkehr sozialer Unsicherheit und der Entstehung rechtspopulistischer Orientierungen gibt. Solche Zusammenhänge lassen sich nur bestreiten, wenn man die Wirkung von Prekarisierungsprozessen auf das Phänomen unsicherer Beschäftigungsverhältnisse beschränkt und Prekarität auf eine sozioökonomische Lage reduziert, die unabhängig von verhaltenssteuernden Habitusformen existiert. Eine solche Sichtweise ignoriert, dass die „Zonen“ der Arbeitsgesellschaft sich zueinander wie ein System kommunizierender Röhren verhalten. Dies nicht nur, weil die Abstiegsängste formal integrierter Gruppen einen wesentlichen Kristallisationspunkt von Prekarität bilden, sondern vor allem, weil der disziplinierende Druck, der von den „Entkoppelten“ und „Prekarierten“ ausgeht, die pathologischen Seiten moderner Arbeitsformen mit erzeugt. Zudem liefern die neuen „gefährlichen Klassen“ der Ausgegrenzten und Prekarisierten jenen Gruppen eine Distinktionsfolie, die das Leiden am Erfolg unduldsam und intolerant werden lässt. Je weniger die Disziplinierung durch den Markt dem Einzelnen auflösbar erscheint, desto eher tendiert er dazu, Statuskonkurrenzen mit dem Mittel des Ressentiments, oder zugespitzter, mittels fremdenfeindlicher oder neorassistischer Klassifikationen auszutragen.

In diesem Zusammenhang gilt es **drittens** zu beachten, dass die Prekarisierung politisch vor allem als ein Kontrollsystem wirksam wird, das in den Zonen der Arbeitsgesellschaft unterschiedliche Formen des Selbstregierens und der Selbstdisziplinierung erzeugt. Es ist die Überanpassung an entsprechende Normen, die ausgrenzende Integrationsvorstellungen hervorbringt. Und die Verdichtung und Zuspitzung solch ausgrenzender Integrationsvorstellungen in einer bipolaren Logik, die sich gegen stigmatisierte Ausländergruppen wendet, stellt das zentrale Bindeglied zu rechtspopulistischen Orientierungen dar. Ohne Zweifel enthält diese Interpretation Parallelen zur klassischen Autoritarismus-These, wie sie Fromm und später Adorno (Adorno u. a 1973; kritisch: Hopf u. a. 1995, Hopf 1999; vgl. auch: Flecker 2004, Flecker/Krenn 2004) formuliert haben. Der „neue Autoritarismus“ lässt sich indessen primär wohl kaum auf eine Ich-Schwäche zurückführen, die in Defiziten frühkindlicher Sozialisation wurzelt. Der neue Autoritarismus wird, das belegt unsere Untersuchung, durch Mechanismen und Erfahrungen mit erzeugt, die im Arbeitsumfeld der Befragten angesiedelt sind. Gerade in den oberen Etagen der Arbeitsgesellschaft und dort, wo moderne, partizipative Arbeitsformen existieren, gibt es offenbar einen Zusammenhang zwischen der zunehmenden Marktsteuerung von Arbeit, den in Korrespondenz zu marktzentrierter Steuerung entwickelten Formen des „Selbstregierens“ (Foucault 2000: 41 ff.) und einer Art Selbstinstrumentalisierung, die nicht nur Leidensdruck erzeugt, sondern auch Techniken einer ressentimentgeladenen Selbstformung hervorbringt, welche einer Bewältigung des Drucks dienen. Ausgrenzende Integrationsvorstellungen sind ein Produkt solcher Techniken des Selbstregierens. Marktförmige Steuerungsmechanismen in der Arbeitswelt generieren offenkundig einen „Zwang zum Selbstzwang“, einen Modus der Selbstzuschreibung, der tendenziell auf die gesamte Persönlichkeit ausstrahlt. In

unterschiedlicher Weise bringt dieser Modus der Selbstzuschreibung in allen Zonen der Arbeitsgesellschaft Formen der Überanpassung hervor, die in rechtspopulistische Orientierungen einmünden können. Rechtspopulistische Orientierungen stellen im Grunde eine Form der imaginären Reintegration in die Gesellschaft dar, die auf Kosten von Anderen, Schwächeren, eben von Outsidergruppen vollzogen wird.

Zwischen den skizzierten Orientierungen und den dahinter verborgenen Potentialen existieren durchaus Spannungsverhältnisse. „Rebellischer", „konservierender" und „konformistischer" Rechtspopulismus lassen sich nicht ohne weiteres unter einen Hut bringen. Gerade dies konstituiert eine strukturelle Mobilisierungsschwierigkeit für rechtspopulistische Formationen. Wollen sie ihr Potential ausschöpfen, müssen sie das scheinbar Unvereinbare versöhnen. Sie müssen den „konformistischen" Marktapologeten in gehobener Position, der an der Selbstunterwerfung unter die Erfolgskriterien des neuen Marktregimes leidet, mit dem „rebellischen" Leiharbeiter zusammenbringen, dem es im Grunde um besseren Schutz vor der Willkür eben dieses Marktregimes geht. Für alle Übergangsformen zum Rechtspopulismus gilt indessen, dass sie in der entsicherten Arbeitsgesellschaft auf vielfältige Weise Abstützung und Verstärkung erfahren können. Eine Umfrageforschung, die solche Zusammenhänge ignoriert, leistet der Suche nach wirksamen Gegenstrategien einen Bärendienst. ■

Literatur:

Adorno, Th. W. u.a. (1973, Original 1950): The Authoritarian Personality, New York.

Boltanski, L./Chiapello, È. (2003): Der neue Geist des Kapitalismus. Konstanz. Frz. (1999): Le nouvel Ésprit du Capitalisme. Paris.

Bourdieu, P. (1988): Die feinen Unterschiede. Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft. Frankfurt/M. 2. Aufl.

Bourdieu, P. (2000) Die zwei Gesichter der Arbeit. Konstanz.

Bröckling, U./Krasmann, S./Lemke, Th. (Hrsg.) (2000): Gouvernementalität der Gegenwart. Studien zur Ökonomisierung des Sozialen, Frankfurt/M.

Castel, R. (2000): Die Metamorphosen der sozialen Frage. Eine Chronik der Lohnarbeit, Konstanz.

Castel, R. (2005): Die Stärkung des Sozialen. Leben im neuen Wohlfahrtsstaat. Hamburg.

Decker, F.: Der neue Rechtspopulismus. Opladen. 2. Aufl. 2004.

Dörre, K./Röttger, B. (Hrsg.) (2003): Das neue Marktregime. Hamburg.

Dörre, K.; Kraemer, K., Speidel, F. (2005): Prekäre Beschäftigungsverhältnisse – Ursache von sozialer Desintegration und Rechtsextremismus? Endbericht. November 2005. Teilprojekt 2 im Forschungsverbund „Desintegrationsprozesse – Stärkung von Integrationspotenzialen einer modernen Gesellschaft". Ms: Jena/Recklinghausen.

Flecker, J. (2004): Die populistische Lücke: Umbrüche in der Arbeitswelt und ihre politische Verarbeitung. FORBA-Schriftenreihe 1/2004. Wien.

Flecker, J./Hentges, G. (2004): Rechtspopulistische Konjunkturen in Europa – sozioökonomischer Wandel und politische Orientierungen. In: Bischoff/Dörre u.a., a.a.O.: 119-149.

Flecker, J./Krenn, M. (2004): Abstiegsängste, verletztes Gerechtigkeitsempfinden und Ohnmachtsgefühle – zur Wahrnehmung und Verarbeitung zunehmender Unsicherheit und Ungleichheit in der Arbeitswelt. In: Zilian, H.G. (Hrsg.): Insider und Outsider. Mering.

Foucault, M. (2000): Die Gouvernementalität, in: U. Bröckling u.a., a.a.O., S. 41-67.

Held, J./Horn, H.-W./Marvakis, A. (1996): Gespaltene Jugend. Politische Orientierungen jugendlicher Arbeitnehmer, Opladen.

Hopf, W. (1999): Ethnozentrismus und Ökonomismus. Die ‚Leistungsgesellschaft' als Deutungsmuster für soziale Ausgrenzung, in: Prokla 102, 26. Jg. Nr. 1, S. 107-130.

Hopf, Ch. u.a. (1995): Familie und Rechtsextremismus – Analyse qualitativer Interviews mit jungen Männern, Weinheim.

Rommelspacher, B. (1995): Dominanzkultur. Texte zu Fremdheit und Macht. Berlin.

Anti-Nazi Symbole sind erlaubt!

STUTTGART. Als einen Erfolg der Vernunft bezeichnet die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes die jüngste Entscheidung des Landgerichts Stuttgart zur Affäre um durchgestrichene oder zerbrochene Hakenkreuze. Bei einem Infostand der VVN-BdA am 21.1. in Schorndorf wurden Flugblätter, Broschüren und Anstecker beschlagnahmt, weil sie angeblich „Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen" enthalten würden. (siehe auch AN 3-06) Auf die Beschwerde der VVN-BdA gegen die Beschlagnahmung hat nun die 5. Große Strafkammer am Landgericht Stuttgart reagiert: „Der Verdacht einer Straftat nach S 86 a StGB ist nicht gegeben." (...) „lm Hinblick auf die vorliegend verfahrensgegenständlichen Buttons und die Flugblätter (vorstehend Nr. 1 und 2) ist schon auf den ersten Blick jedem unvoreingenommenen Betrachter klar, dass die Bezugnahme auf das nationalsozialistische Kennzeichen in jeweils nachdrücklich ablehnendem Sinne geschieht. Auch ist eine Gefahr, dass rechte Gruppierungen diese Art der Darstellung benutzen könnten, das Kennzeichen wieder – diesmal in ihrem Sinne – in das politische Alltagsbild zu transportieren, nicht gegeben. Es kann ausgeschlossen werden, dass Verfechter der politischen Ziele, für die das Kennzeichen steht, es in dieser – zerstörten – Form verwenden würden.

Gleiches gilt für die bildliche Darstellung des Hakenkreuzes als Schlagbügel einer Mausefalle (oben Nr. 3 a)). Schon die karikierende Darstellung des Kennzeichens als – für den durch den „Speck" (d.h. die Parteien „DVU, NPD, REP usw.") Verführten – möglicherweise tödliche Falle bringt auch für den oberflächlichen Betrachter eindeutig die Warnung vor der durch das Kennzeichen symbolisierten politischen Gesinnung und damit deren deutliche Ablehnung zum Ausdruck. Verstärkt wird dies zum einen durch die Überschrift „Vorsicht Falle", zum anderen durch den zugehörigen Begleittext der Broschüre. Darüber hinaus sind derart karikaturistische Darstellungen des Hakenkreuzes weder geeignet, einer Wiederbelebung des Nationalsozialismus, seines Gedankengutes oder gar ehemaliger nationalsozialistischer Organisationen zu dienen, noch entfalten sie eine Werbewirkung für diese Ziele. Verfechter des Nationalsozialismus würden dieses von ihnen hoch gehaltene Symbol nie in dieser karikierten Form verwenden (vgl. BGHST 25, 12811311) Auch das von der Staatsanwaltschaft beanstandete „Mülleimer-Piktogramm" erfüllt in der konkreten Form der Verwendung nicht den Tatbestand des $ 86 a StGB. Der Begleittext der Broschüre stellt eindeutig klar, dass durch das Piktogramm eine nationalsozialistisches Gedankengut ablehnende politische Gesinnung zum Ausdruck gebracht wird, die durch das Kennzeichen symbolisierten politischen ldeen somit „in den Müll" gehören sollen." (Geschäftsnummer: 5 Qs 17106 3 Gs 36/06 AG Schorndorf 7 Js 10686/06 StA Stuttgart)

Am 22. März wurde der hier zitierte Beschluss des Landgerichts gefasst. Am 28. März reichte die Staatsanwaltschaft Stuttgart Klage gegen den Geschäftsführer des „Nix gut"-Versandes in Leutenbach bei Winnenden ein. Der Versand hatte T-Shirts, Aufkleber und andere Artikel mit denselben oder ähnlichen Aufdrucken vertrieben. Sie alle enthalten eine klare Botschaft gegen Faschismus und Neofaschismus. Angeblich geht es ihr darum, eine obergerichtliche Entscheidung herbeizuführen, die sie aber spätestens mit der zitierten Entscheidung des Landgerichtes erhalten hat. (Entsprechende Entscheidungen höherer Gerichte liegen ebenfalls seit Jahren vor).

Das alles kann nicht anders gewertet werden, als ein Vorwand, wider besseres Wissen und besserer Gerichtsentscheidungen, weiterhin Zivilcourage gegen Nazis zu kriminalisieren, junge Antifaschistinnen und Antifaschisten einzuschüchtern. Das Ganze ist ein Lehrstück für ein obrigkeitlich ausgerichtetes Staats- und Demokratieverständnis, dem jedes Engagement der Bürgerinnen und Bürger verdächtig ist, selbst dann, wenn es das tut, was das Grundgesetz verlangt: Die Würde und die Rechte der Menschen gegen Faschismus und Rassismus zu verteidigen. *Dieter Lachenmayer* ■

Aufruf zur internationalen Demonstration für ein dauerhaftes Bleiberecht der geduldeten Flüchtlinge und Migrant/innen Mittwoch, 3. Mai 2006, 17 Uhr Marienplatz

August 2004, München: angeführt von einer Gruppe mutiger afrikanischer Frauen kämpfen Flüchtlingsfamilien gegen drohende Abschiebungen und für ein Bleiberecht in Deutschland. Für die Beteiligten war der Kampf ein Erfolg: Keine der langjährig in Deutschland lebenden Familien wurde abgeschoben, fast alle haben inzwischen eine Aufenthaltserlaubnis erhalten. Doch nicht alle Familien erfüllten die vom Münchner Ausländeramt gestellten Bedingungen. Alleinstehende, Ehepaare ohne Kinder und selbst Jugendliche oder junge Erwachsene, die ohne Eltern minderjährig ins Bundesgebiet eingereist waren, wurden von dieser Regelung gar nicht erst erfasst. Und weiterhin sind Familien außerhalb Münchens von Abschiebung bedroht, selbst wenn sie seit über 10 Jahren in Deutschland leben.

August 2004, Berlin: die Polizei holt die 13jährige Tania Ristic aus dem Schulunterricht, um sie nach Bosnien abzuschieben. Tania und ihrer Mutter gelingt es, in Deutschland zu bleiben, doch die Familie wird auseinandergerissen: der Vater und die 16jährige Schwester werden abgeschoben. Dieser Fall, nur ein alltägliches Beispiel für den Umgang der Behörden mit – teils jahrelang – geduldeten Jugendlichen und ihrer Eltern, ist der Beginn der Kampagne „Hiergeblieben!“. Die Forderungen, die Tanias Schulfreund/innen stellten, finden mittlerweile in ganz Deutschland Unterstützung: Bleiberecht für die in Deutschland lebenden Kinder und Jugendlichen und ihre Familien, Bleiberecht für Flüchtlinge, die als unbegleitete Minderjährige eingereist sind, Bleiberecht für Kriegsopfer und für Opfer rassistischer Angriffe (nähere Informationen zur Kampagne: http://www.hier.geblieben.net).

Als zuletzt am 19. Januar 2006 eine entsprechende Gesetzesinitiative der Opposition im Bundestag verhandelt wurde, waren die meisten Abgeordneten der Meinung, dass die Forderungen berechtigt sind. Doch wegen der derzeitigen politischen Konstellation konnte keine Mehrheit zustandekommen.

Jetzt sind erneut die Innenminister von Bund und Ländern am Zug. Doch diese können sich nicht einigen. Manch ein populistischer Innenpolitiker verspricht sich gute Wahlergebnisse durch eine rigorose Abschiebepolitik.

Am 4./5. Mai 2006 treffen sich in Garmisch-Partenkirchen etwa 100 km südlich von München die Innenminister von Bund und Ländern. Erneut wird das Thema einer Bleiberechtsregelung auf der Tagesordnung stehen. Damit die Politiker endlich den Forderungen nach einem sicheren Aufenthalt für die geduldeten Flüchtlinge nachkommen, wollen wir schon am Vorabend der Konferenz in München demonstrieren.

Wir rufen daher alle betroffenen Flüchtlinge und ihre Freund/innen, Nachbarn, Mitschüler/innen, Kommilitonen, Arbeitgeber und sonstige Unterstützer/innen und auch die Familien, die in den Genuss der 2004 erkämpften Münchner Bleiberegelung gekommen sind, dazu auf, sich solidarisch zu zeigen und gemeinsam für eine umfassende Bleiberegelung einzutreten. Das Bleiberecht geht alle etwas an.

Bayerischer Flüchtlingsrat, Münchner Flüchtlingsrat, Karawanegruppe München, bfr@ibu.de www.fluechtlingsrat-bayern.de ■

Bleiberecht für langjährig geduldete Flüchtlinge

HANNOVER. In einem Offenen Brief hat sich die Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohffahrtspflege in Niedersachen (AWO, CARITAS, DRK, Diakonisches Werk, Jüdische Wohlfahrt, Paritätischer Wohlfahrtsverband Niedersachse) im Februar 2006 an alle Landtagsabgeordneten des Niedersächsischen Landtags gewendet und „Hohes zivilgesellschaftliches Engagement für ein Bleiberecht von langjährig geduldeten Flüchtlingen“ gefordert. In dem Schreiben heißt es: „Vor Ort in zahlreichen ehrenamtlichen Gruppen oder Initiativen sowie bei Einzelpersonen, aber auch in Kindertagesstätten, Schulen und Firmen ein großes Unverständnis darüber, dass langjährig hier lebende Flüchtlingsfamilien mit ihren Kindern Deutschland verlassen sollen. Dabei richten sie ihr Augenmerk besonders auf die hier geborenen bzw. hier aufgewachsenen Kindern deren Lebensmittelpunkt Deutschland geworden ist und das sie nun verlassen sollen, um ihr Leben im Herkunftsland der Eltern fortzusetzen. Letzteres kennen sie höchstens aus Erzählungen der Eltern und beherrschen die Herkunftssprache überwiegend nicht. Die Engagierten, die sich für die Flüchtlinge verwenden, sehen in den Betroffenen ihre Freunde, ihre Sportkameradinnen und -kameraden, ihre Spielgefährten, sie nehmen sie selbstverständlich als einen Teil unserer Gesellschaft wahr. Auch unsere Migrationsdienste berichten uns zunehmend, dass sie besonders mit der tragischen Situation von langjährig geduldeten Flüchtlingen konfrontiert werden, die nun abgeschoben werden sollen. Es erreichten die Beratungsstellen Anrufe, Mails und Briefe von Unterstützergruppen bzw. Einzelpersonen, die die geplanten Abschiebungen nicht nachvollziehen können. Alle diese Menschen – zum Teil Partei übergreifend aktiv – begegnen den gesetzlichen Vorgaben und politischen Positionen mit großem Unverständnis. Sie empfinden Ohnmacht und Hilflosigkeit angesichts dieser Vorgänge.

Mit Erschrecken werden ebenso die Vorschläge seitens des Landes Niedersachsen wahrgenommen, die Familien zu trennen und nur den Kindern hier eine Perspektive zu ermöglichen. Wir möchten Sie mit diesem Schreiben sowohl auf dieses große zivilgesellschaftliche Engagement, als auch auf die Empfindungen der Ehrenamtlichen aufmerksam machen, die den Betroffenen selbstverständlich zur Seite stehen. Hier besteht nun Handlungsbedarf. Deshalb bitten wir Sie im Rahmen der Möglichkeiten um Unterstützung, dass es zu einer Bleiberechtsregelung für langjährig geduldeten Flüchtlinge kommt. Diese könnte im Rahmen der im 1. Halbjahr 2006 anstehenden Überarbeitung des Zuwanderungsgesetzes oder durch Beschluss der Innenministerkonferenz am 4./5. Mai 2006 in München realisiert werden. Damit nicht in der Zwischenzeit durch Abschiebung unumkehrbare Fakten geschaffen werden, bitten wir eindringlich darum, dass das Land Niedersachen einen sechsmonatigen Abschiebestopp für die Langzeitgeduldeten erlassen möge.

Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege ■

Niedersachsen: Abschiebung hat absoluten Vorrang

HILDESHEIM. In einem Schreiben des Rechtsanwalts Michael Anding wird auf einen unveröffentlichten Erlass des Niedersächsischen Innenministeriums vom 23.1.2006 verwiesen, in dem das Land sich bereit erklärt, Kosten in unbegrenzter Höhe für eine notwendige medizinische Behandlung im Herkunftsland zu übernehmen. Sinn und Zweck dieser Übung ist es anscheinend zu verhindern, dass Flüchtlingen Abschiebungsschutz nach § 60 Abs. 7 AufenthG zugebilligt wird, weil notwendige Medikamente im Herkunftsland nicht verfügbar oder nicht bezahlbar sind. „Ich halte dies für einen weiteren Mosaikstein niedersächsischer Flüchtlingspolitik, mittels dessen der Verkauf schutzwürdiger Flüchtlinge vorangetrieben und die Zahl der Abschiebung erhöht werden soll“, schreibt RA Anding in seinem Kommentar dazu. Dass diese Befürchtung nicht abwegig ist, macht ein Widerrufsverfahren deutlich, das das Bundesamt auf Betreiben



Demonstration in Dessau, 1.4.2006, Foto: attac Halle

der Stadt Göttingen angestrengt hat: Die Ausländerbehörde erklärt sich darin bereit, einen Kranken nicht nur mit Medikamenten im Herkunftsland zu versorgen, sondern ihn auch zur Durchführung einer ggfs. erforderlichen Behandlung nach Deutschland einzufliegen. Die Hauptsache scheint, dass ein Aufenthaltsrecht in Deutschland verweigert wird – koste es, was es wolle.

Quelle: Niedersächsischer Flüchtlingsrat /23.03.06 ■

Verschwendung von Lebenszeit und Ressourcen

Alternative Anhörung zu Arbeits- und Bildungschancen junger Flüchtlinge

OSNABRÜCK. In Deutschland sind jugendliche Asylsuchende ohne gesicherten Aufenthaltsstatus in der Regel von der Aufnahme einer Lehre oder weiterführenden Bildungsmaßnahmen ausgeschlossen. Nach den maßgeblichen internationalen Dokumenten ist das Recht auf Bildung jedoch ein Menschenrecht, das auch eine Berufsausbildung umfasst.

Bei der Frühjahrstagung des aus EU-Mitteln geförderten Projektes SAGA am 24.3.2006 in Osnabrück standen diese Jugendlichen ohne Bildungsperspektiven im Mittelpunkt einer alternativen Anhörung: Unter der Schirmherrschaft des Osnabrücker Oberbürgermeisters Hans-Jürgen Fip schilderten Fachleute und Betroffene, Vertreter/innen aus Politik und Praxis, Regelversorgung und Projekten, Schulen und Betrieben in kurzen Statements ihre Positionen.

Bewegend und beeindruckend verdeutlichte Andrea Etken, Leiterin des AWO-Flüchtlingswohnheims in Melle, die enormen Schwierigkeiten, unter denen Flüchtlingskinder aufwachsen. Und welche Chancen sie sich erarbeiten: Sie gehen zur Schule und oft mit gutem Erfolg. Bis sie 17 oder 18 sind, dann haben sie nämlich keine Chancen mehr, weil sie keine Ausbildung machen dürfen. Kinder und Jugendliche der Meller Einrichtung brachten dies in einem Rollenspiel plastisch ins Bild. Auch Cima Salja, eine 17-jährige Roma aus Lüneburg, brachte die ca. 90 Zuhörer immer wieder zu ungläubigem Kopfschütteln. Sie lebt seit 16 Jahren mit ihrer Familie in Deutschland, hat in den letzten drei Jahren die Versorgung ihrer drei jüngeren Geschwister übernommen, da die Mutter verstorben ist und steht nun kurz vor einem Realschulabschluss. Die junge Frau hat eine Lehrstelle als Hotelfachfrau, aber keine „Genehmigung zur Arbeit“ zu deutsch: Sie darf die Lehre nicht antreten. Wenn sie diese Genehmigung nicht erhält, wird sie zu ihrem 18. Geburtstag nach Bosnien-Herzegowina abgeschoben.

„Dies ist eine Verschwendung von Lebenszeit und Ressourcen,“ meinte Karl Kopp von der Bundesarbeitsgemeinschaft PRO ASYL. Der Generalvikar des Bistums Osnabrück der katholischen Kirche, Theo Paul, ergänzte: Schon die Zuwanderungskommission der Bundesregierung unter der Leitung von Frau Prof. Dr. Rita Süßmuth hat vor Jahren festgestellt, dass Jugendliche nicht für die Kriegs- oder Krisensituation in ihren Herkunftsländern verantwortlich gemacht werden können. Ihnen müssen endlich berufliche Perspektiven durch eine gleichberechtigte Teilnahme am dualen Ausbildungssystem ermöglicht werden.

28 ReferentInnen beleuchteten bei der alternativen Anhörung die schwierige Situation von jugendlichen Flüchtlingen aus verschiedenen Perspektiven. Große Einigkeit bestand in dem Punkt, dass die faktische Situation in deutlichem Widerspruch zu den Zielen steht, die im Rahmen von Bildungs,- Beschäftigungs- oder Jugendschutzdebatten formuliert werden.

Asylsuchende haben keinen gleichberechtigten Zugang zum Arbeitsmarkt in Deutschland und sind daher zur Untätigkeit verpflichtet. Das betrifft vor allem viele der 200.000 Flüchtlinge mit einer sogenannten Duldung, von denen 50.000 bereits über zehn Jahre in Deutschland leben. Besonders für Kinder und Jugendliche hat diese prekäre Lebenssituation gravierende gesundheitliche und soziale Konsequenzen.

EQUAL ist eine Initiative der Europäischen Union zur Bekämpfung von Ungleichbehandlungen auf dem Arbeitsmarkt. Die Entwicklungspartnerschaft SAGA hat sich zum Ziel gesetzt, Strukturverbesserungen für Asylsuchende in Arbeitsmarkt und Gesundheitsversorgung umzusetzen. Operative Akteure des Projektes sind der Caritasverband für die Diözese Osnabrück, die Universität Osnabrück, der Verein Niedersächsischer Bildungsinitiativen (VNB) und der Niedersächsische Flüchtlingsrat.

Quelle: Abteilung Öffentlichkeitsarbeit und Grundfragen Caritasverband für die Diözese Osnabrück e.V. / Niedersächsischer Flüchtlingsrat ■

Tausende verlieren ihr Leben vor den Kanaren

SPANIEN. Die Zahl der Schwarzafrikaner, die auf dem Weg von Mauretanien auf die spanischen Kanarischen Inseln ihr Leben verloren haben, ist viel größer als bisher erklärt. Erst jetzt wurde bekannt, dass die spanische Guardia Civil schon im letzten Dezember dazu einen Bericht verfasst hat. Schon damals ging die Militäreinheit davon aus, dass in 45 Tagen bis zu 1.700 Menschen ertrunken sind, als sie versuchten auf die Kanaren zu gelangen. Der Bericht hatte den aussagekräftigen Namen: „Massives Sterben von Einwanderern“. Der Autor José Manuel García Varela erklärte darin: „In den letzten 45 Tagen haben sich zwischen 2.000 und 2.500 Menschen in kleine Boote eingeschifft, um auf die Inseln zu kommen, von denen nur 800 oder 900 angekommen sind, was bedeutet, dass zwischen 1.200 und 1.700 im Atlantik ertrunken sind“, schreibt der Vize-Operationsdirektor deutlich.

Letzte Woche hatte die spanische Regierung eingeräumt, einige Hundert Menschen seien ertrunken, doch der Rote Halbmond bezweifelte sofort die Zahlen. http://de.indymedia.org//2006/03/141386.shtml Die Daten der Guardia Civil stützen nun die Daten der Hilfsorganisation, weshalb von Tausenden Toten im letzten halben Jahr gesprochen werden muss. Die Zahl kann wegen der großen Strecke von 1000 Kilometern nur geschätzt werden, viele Tote werden nicht entdeckt.

Die Regierung hat jetzt 35 Ingenieure des Verteidigungsministeriums nach Mauretanien geschickt, um ein Lager aufzubauen und dem Land Patrouillenboote zur Verfügung gestellt. In das Lager sollen Schwarzafrikaner per Schnellabschiebung deportiert werden. Damit wird ein neuer Schritt zum Aufbau von Lagern in Afrika gemacht, die von der EU finanziert werden. Begründet wird wieder humanitär: Die Abgeschobenen sollen würdige Bedingungen erhalten und nicht schlicht in der Wüste abgesetzt werden, heißt es. Das hatte im vergangenen Jahr Marokko auf Druck Spaniens gemacht, um den Ansturm von Einwanderern auf die Exklaven Ceuta und Mellila abzuwehren.

Quelle: www.de.indymedia.org ■

Broschüre über Flüchtlinge in Celle

Das Diakonische Werk Celle hat eine sehr lesenswerte Broschüre unter dem Titel „Leben zwischen Angst und Hoffnung“ herausgegeben. Sie handelt von den Hoffnungen, Ängsten und Kämpfen der Flüchtlinge und ihrer Unterstützer/innen um ein Bleiberecht im Landkreis Celle. Infos, Bestellungen, Kontakt über: Horst-Peter Ludwigs, E-Mail: DW.Celle@evlka.de Die Broschüre kann von der Website des Niedersächs. Flüchtlingsrates http://www.nds.fluerat.org im PDF-Format herunter geladen werden.

Eine Woche nach der mündlichen Verhandlung – und mehr als eineinviertel Jahre nach Klageerhebung – hat das Verwaltungsgericht Karlsruhe die schriftliche Begründung des Urteils vorgelegt, mit dem das Berufsverbot für Michael Csaszkóczy nun auch von der Justiz bestätigt wurde.

Die Urteilsgründe beschränken sich in ihrem Kern auf die Frage der Mitgliedschaft von Michael Csaszkóczy in der AIHD – das „Sündenregister" des Verfassungsschutzes, die sogenannte 20-Punkte-Liste, mit der Michael Csaszkóczy vorwiegend antifaschistische Aktivitäten (Demos gegen NPD-Aufmärsche u.ä.) vorgeworfen wurden, spielt praktisch keine Rolle mehr. Im Gegenteil, seine persönlichen Aktivitäten werden nahezu lobend bewertet: „ein engagierter Streiter gegen Rechts und für friedliche Auseinandersetzungen mit der Staatsmacht".

Michael Csaszkóczy sei aber sozusagen ein Wolf im Schafspelz. Das filtert das Gericht aus dem Papier der AIHD „Wir über uns" heraus, das ihm qua Mitgliedschaft in der AIHD zugerechnet wird. Daraus werde nämlich deutlich – und hier bezieht sich das Gericht auf die Verfassungsschutzberichte des Bundes und des Landes Baden-Württemberg, dass der „Antifaschismus" (den das Gericht mit spitzen Fingern in Anführungsstriche setzt) das traditionelle Aktionsfeld für Anhänger und Gruppierungen des Linksextremismus sei und „sich seit jeher nur vordergründig gegen den Rechtsextremismus richte".

Sozusagen durch einen doppelten Rittberger wird diese pauschale Diffamierung dann für den konkreten Fall Csaszkóczy fruchtbar gemacht: auf der einen Seite werden die Zitate aus dem AIHD-

Solidaritätskomitee gegen das Berufsverbot:
Gefährliche Tendenz

Papier so geschickt neu zusammengeknüpft, dass der Eindruck entsteht, es gehe ihr um die Abschaffung des Staates Bundesrepublik Deutschland – und nicht um rassistische, fremdenfeindliche und neonazistische Strukturen und Erscheinungen vor allem in der Gesellschaft; und zum anderen wird die von jedem Beamten/Lehrer mitzubringende Verfassungstreue schwerpunktmäßig von der Verfassung, also den Werten des Grundgesetzes, hinweg verlagert zur Treue zum Staat.

Insbesondere moniert das Gericht zwei Aussagen aus dem Papier der AIHD: Zum einen die Darstellung, dass es gesellschaftliche Kontinuitäten zwischen dem Nationalsozialismus und der BRD gegeben habe, zum anderen, dass im Deutschland der 1990er Jahre rassistische Übergriffe zur Normalität geworden seien. In diesen Passagen werde „die Bundesrepublik Deutschland haltlos angegriffen und diffamiert" und „die Grenzen einer legitimen Kritik unseres Staates (...) weit überschritten."



Rund 500 demonstrierten am 25. März in Karlsruhe gegen Berufsverbote.

Wenn solche Aussagen (die wissenschaftlich fundiert sind, einen tatsächlichen historischen Hintergrund haben und gerade deshalb auch in der Öffentlichkeit präsent sind) für Angehörige des öffentlichen Dienstes nicht mehr erlaubt sein sollen, dann ist die Meinungsfreiheit tatsächlich in höchster Gefahr.

Den Bruch mit dem Nationalsozialismus hat die deutsche Gesellschaft 1945 nicht aus eigenem Antrieb und nicht aus eigener Kraft vollzogen. Daraus ergab sich eine Kontinuität zwischen Nationalsozialismus und bundesdeutscher Gesellschaft, die gerade zu den Schwierigkeiten zählte, mit denen die neue Verfassung zu kämpfen hatte.

Das Verwaltungsgericht schwingt sich hier zu einer Autorität in Sachen Historie auf, die versucht, eine höchst fragwürdige Version deutscher Geschichte zu verordnen.

Das Solidaritätskomitee gegen das Berufsverbot sieht durch das Urteil grundlegende Menschen- und Bürgerrechte verletzt, insbesondere das Recht auf Meinungsfreiheit, Vereinigungsfreiheit und freie Berufswahl. Michael Csaszkóczy wird mit Unterstützung der GEW Rechtsmittel gegen das Urteil einlegen.

Für das Solidaritätskomitee:
Stefan Riedel ■

Aus der Urteilsbegründung: Lehramt „aus dem Geist der Vorschrift heraus führen"

Das Verwaltungsgericht verlangt von dem Lehrer als Beamten mehr wie damals bei den Berufsverboten in den 1970er Jahren üblich war. Sie sollen nicht nur die Gewähr bieten, dass sie für die fdGo eintreten, sondern sollen sich mit ihr identifizieren. Der Deutsch- usw. Lehrer soll sein Amt aus dem Geist der Vorschriften heraus führen, eine Anleitung zur Indoktrination.

„Mit seiner freiheitlichen demokratischen Grundordnung stellt unser Staat einen hohen positiven Wert dar, den der Beamte erkennen und anerkennen muss. Soweit der Anwalt des Klägers in der mündlichen Verhandlung ausgeführt hat, dieses strenge Eintreten für unsere derzeitige Staatsordnung dürfe jedenfalls in Zeiten politischer Stabilität nicht an zu hohen Anforderungen gemessen werden, das Fehlen jeder äußeren und inneren Bedrohung des Staates erlaube mehr Meinungsfreiheit und Überzeugungsvielfalt auch in der Beamtenschaft, vermag das Gericht dem nicht zu folgen.

Krisenzeiten und ernsthafte Konfliktsituationen sind auch in Zukunft nicht auszuschließen. Aber nicht nur dann ist der Staat darauf angewiesen, dass seine Beamten für ihn und seine Grundordnung Partei ergreifen. Dies gilt im Besonderen für Lehrer, die – wie der Kläger es will – die heranwachsenden Generationen in der Landessprache, in Geschichte und Gemeinschaftskunde unterrichten. Der Beamte muss in seiner beruflichen Tätigkeit die bestehenden verfassungsrechtlichen und gesetzlichen Vorschriften beachten und erfüllen und sein Amt aus dem Geist dieser Vorschriften heraus führen (BVerfGE 349, 348), insbesondere als Lehrer im Unterricht auch die Grundwerte und Grundentscheidungen der Verfassung glaubhaft vermitteln.

Nach dem Vorhergesagten gibt es im vorliegenden Fall genügend Anhaltspunkte, dass der Kläger dafür nicht genügend Gewähr bietet."

„Wir verurteilen die Kriegsdrohungen der Bundeskanzlerin Angela Merkel“

Antifaschisten rufen zum Ostermarsch auf

Die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes ruft auf zum Ostermarsch an Rhein und Ruhr. Vor 45 Jahren gab es den ersten Ostermarsch durch Nordrhein-Westfalen. Heute leben wir wieder in Zeiten wachsender Kriegsgefahr. Wie seit vielen Jahren nicht mehr, ist auch der Kampf gegen Atomwaffen besonders dringend notwendig. Für atomare Abrüstung – im Nahen Osten und weltweit. Wer gegen Atomwaffen ist, soll mit ihrer Abschaffung in Deutschland beginnen.

Wir verurteilen die Kriegsdrohungen der Bundeskanzlerin Angela Merkel gegen den Iran und ihre Unterstützung für die atomaren Drohungen durch Frankreich und USA. Die Auslandseinsätze der Bundeswehr sind zu beenden.

Bei diesem Ostermarsch muss es um die Aufgabenstellung „Für Demokratie, gegen Sozialabbau, für Antimilitarismus, weg mit den Atomwaffen“ gehen.

1. Wir wenden uns gegen die Duldung von Naziaufmärschen in NRW, mit denen u.a. zum Krieg gehetzt wird („Nie wieder Krieg – nach unserem Sieg“ war die Losung der Nazis ausgerechnet am Antikriegstag.)

2. Statt die Fußballweltmeisterschaft im Juni/Juli an Rhein und Ruhr zur militärischen Aufmarschübung zu machen, wie es die Bundesregierung vorhat, gilt es, für Frieden und Völkerverständigung, gegen Nationalismus und die Nazifanszene zu wirken.

3. Wir treten ein für die Bürgerrechte, gegen die fortschreitende Kriminalisierung von Antifaschisten, weil sie die Nazis stören und gegen „polizeiähnliche“ Bundeswehreinsätze, wie sie Innen- wie Kriegsministerium plant.

4. Wir rufen dazu auf, keine weiteren Grundgesetzverstöße der Militaristen zuzulassen (Bundeswehreinsätze im Innern trotz eindeutiger Verfassungslage). Die ungeheuerlichen Pläne, entgegen der Verfassung auch über unserem dichtbesiedelten NRW angeblich terrorverdächtige Zivil-Flugzeuge abzuschießen, müssen auf den Widerstand aller Vernünftigen stoßen.

5. Nach dem 45. Jahrestag des Ostermarsches stehen im Herbst die 60. Jahrestage der Gründung des Landes NRW und der Gründung der traditionsreichen Organisation des deutschen Widerstandes VVN bevor.

Wir treten ein für die Verwirklichung der NRW-Landesverfassung, die das Recht auf Arbeit vorsieht und die Demokratisierung der Wirtschaftsmacht verlangt. Die Landesverfassung ist eine Absage an den Neoliberalismus.

Alle Antifaschistinnen und Antifaschisten sind aufgerufen, den Ostermarsch wieder zu einem Höhepunkt der Friedensbewegung zu machen.

Landesausschuss der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes / Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-BdA)
Jupp Angenfort (Landessprecher)
Ulrich Sander (Landessprecher)
Hannelore Tölke (Landessprecherin)

Die Daten der verschiedenen Ostermärsche in der gesamten Bundesrepublik finden sich auf der website des Netzwerk Friedenskooperative, Bonn: www.friedenskooperative.de

Der Herausgabekreis und die Redaktion sind zu erreichen über:
GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln Tel. 0221 / 21 16 58, Fax 0221 / 21 53 73.
email: antifanachrichten@netcologne.de, Internet: http://www.antifaschistische-nachrichten.de
Erscheint bei GNN, Verlagsges. m.b.H., Zülpicher Str. 7, 50674 Köln. V.i.S.d.P.: U. Bach
Redaktion: Für Schleswig-Holstein, Hamburg: W. Siede, erreichbar über GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43 18 88 20. Für NRW, Hessen, Rheinland Pfalz, Saarland: U. Bach, GNN-Verlag Köln. Baden-Württemberg und Bayern über GNN-Süd, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01. Für „Aus der faschistischen Presse“: J. Detjen c/o GNN Köln.
Erscheinungsweise: 14-täglich. Bezugspreis: Einzelheft 1,30 Euro.
Bestellungen sind zu richten an: GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln. Sonderbestellungen sind möglich, Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Die antifaschistischen Nachrichten beruhen vor allen Dingen auf Mitteilungen von Initiativen. Soweit einzelne Artikel ausdrücklich in ihrer Herkunft gekennzeichnet sind, geben sie nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder, die nicht alle bei ihr eingehenden Meldungen überprüfen kann.

Herausgabekreis der Antifaschistischen Nachrichten: Anarchistische Gruppe/Rätekommunisten (AGR); Annelie Buntenbach (Bündnis 90/Die Grünen); Rolf Burgard (VVN-BdA); Jörg Detjen (Forum kommunistischer Arbeitsgemeinschaften); Martin Dietzsch; Regina Girod (VVN - Bund der Antifaschisten); Dr. Christel Hartinger (Friedenszentrum e.V., Leipzig); Hartmut-Meyer-Archiv bei der VVN - Bund der Antifaschisten NRW; Ulla Jelpke (MdB); Jochen Koeniger (Arbeitsgruppe gegen Militarismus und Repression); Marion Bentin, Edith Bergmann, Hannes Nuijen (Mitglieder des Vorstandes der Arbeitsgemeinschaft gegen Reaktion, Faschismus und Krieg – Förderverein Antifaschistische Nachrichten); Kreisvereinigung Aachen VVN-BdA; AG Antifaschismus/ Antirassismus in der PDS NRW; Angelo Lucifero (Landesleiter hbv in ver.di Thüringen); Kai Metzner (minuskel screen partner); Bernhard Strasdeit; Volkmar Wölk.

:ostritt

Zufrieden berichtet Hans-Joachim von Leesen von der Lektüre der „Bild“-Zeitung. „Skandal!“, titelte das Springer-Organ am 22. März: „61 Jahre nach Kriegsende – 4000 deutsche Soldaten in Pappkartons“. Demnach werden im tschechischen Usti nad Labem Wehrmachtsknochen in unscheinbaren schwarzen Gebeinkästen aufbewahrt. Eine Schande ist das, findet Leesen, freier Mitarbeiter der „Preußischen Allgemeinen Zeitung“. Er berichtet in dem „Vertriebenen“-Blatt über den Hintergrund.

„Sobald es nach dem Krieg möglich war“, schreibt Leesen, begann der Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge (VDK), „die Grabstätten gefallener deutscher Soldaten zu sichern“. Das gelang ihm „in Nord-, West- und Südeuropa sowie überall sonst in der Welt“, wo die Wehrmacht für die deutsche Expansion mordete. „Der Volksbund pflegt zur Zeit 827 solcher von ihm angelegter Friedhöfe mit etwa zwei Millionen Kriegsgräbern“, weiß Leesen. Lücken gibt es allerdings noch in Osteuropa: Bis 1989/91 verweigerten die realsozialistischen Regierungen dem ehemaligen Weltkriegsaggressor jede Ehrung der Soldaten des Vernichtungskrieges.

Inzwischen allerdings, berichtet Leesen, „geht die Bergung und würdige Bestattung unserer Toten auch im Osten (...) zügig voran, vorbildlich in den baltischen Staaten, zunehmend auch in Polen, der Ukraine und Rußland, seit kurzem in Weißrußland und auch auf dem Balkan.“ Eine Ausnahme gibt es freilich, und das ist der Lieblingsprügelknabe sämtlicher Organisationen der deutschen Umgesiedelten, die Tschechische Republik. „So ist es bis heute nicht gelungen – was im Verkehr mit anderen Ländern selbstverständlich war –, mit der Tschechei ein Kriegsgräberabkommen zu schließen“, schimpft Leesen. (Der von ihm gewählte Ausdruck „Tschechei“ wurde übrigens nach 1918 als verächtliche Kontraktion aus „Tschechoslowakei“ gebildet und kam in den 1930er Jahren so richtig in Gebrauch.)

Zwar hat der VDK auch in der Tschechischen Republik inzwischen neun Gedenkstätten für gefallene Wehrmachtssoldaten geschaffen. Nun ist jedoch ein Renommierprojekt gescheitert, das die mit rund 3,5 Millionen Euro jährlich von der Bundesregierung geförderten Totengräber im Prager Stadtteil Strasnice einrichten wollten. Seitdem liegen die 4.000 Knochenkisten in Usti nad Labem. Leesen nimmt das den Prager Behörden übel. Schließlich trägt der VDK mit seinen Gedenkfriedhöfen dazu bei, ein Anliegen der „Vertriebenen“-Verbände zu unterstützen: Nämlich in Osteuropa die Erinnerung an die deutsche Vergangenheit aufrecht zu erhalten. *jk (nach: Preußische Allgemeine Zeitung 31.3.2006)* ■

ProKöln-Fraktionsvorsitzende gibt Interview

Nationalzeitung 13-2006, 24.3.2006

Das Blatt interviewt Judith Wolter, Fraktionsvorsitzende der „Bürgerbewegung pro Köln“ im Kölner Rat, die sich zunächst vor allem über die Ausgrenzung ihrer Fraktion durch die etablierten Parteien beklagt, dann aber den Schwerpunkt darauf legt, das Verlagshaus Neven DuMont und seine Presseorgane zu kritisieren: „Wenn man nach einer Ratssitzung die geschönten Berichte aus der DuMont-Presse liest, meint man, man sei auf einer anderen Sitzung gewesen. Im Gegenzug kassiert er (DuMont) als Kommanditist des Oppenheim/Esch-Fonds bei wichtigen Projekten der Stadt ab“, wird da behauptet. Und gefragt nach der Debatte um die Rolle des DuMont-Verlages im Dritten Reich, meint Wolter: „Das Haus Neven DuMont verstand es offenbar zu jeder Zeit, sich mit den Mächtigen zu arrangieren. Ich vermute, dass sich im Falle einer Änderung der Machtverhältnisse zugunsten einer patriotischen Kraft plötzlich herausstellen würde, dass Herr DuMont immer schon der größte Freund der nationalen Sache war.“ Dass die Vorsitzende von „Pro Köln“, die gerade wieder gegen den Verfassungsschutzbericht NRW 2005 klagen, der sie weiterhin als rechtsextrem einstuft, ausgerechnet der Nationalzeitung ein Interview gibt, zeigt, dass die Verfassungsschützer wohl nicht so falsch liegen. Wieweit Neven DuMont sich gegen die Anwürfe wehren wird, bleibt abzuwarten. Vielleicht hat sich „Pro Köln“ ja hier ein Eigentor geschossen.

Deutschland-Pakt bleibt

Nationalzeitung 14-2006, 31.3.2006

Das Abschneiden der DVU in Sachsen-Anhalt kommentiert das Blatt so, dass „die Masse der potenziellen Rechtswähler“ „in die Stimmenthaltung gegangen“ sei. Es sei wichtig bei künftigen Wahlen diese Protestwählerschaft auf ihre „Fehlkalkulation“ hinzuweisen. Sie stabilisierten damit nur die Machtverhältnisse, die sie veranlassen nicht mehr zu wählen. Zustimmend wird der Deutschlandfunk zitiert, der in seiner Wahlauswertung meinte, es habe bei dieser Wahl kein wirkliches „Protest-Thema“ gegeben, dass die DVU hätte nutzen können, was sich aber schnell wieder ändern könne. Auf jeden Fall will man weiter am Deutschland-Pakt festhalten, auch wenn gerade die Zersplitterung in Sachsen-Anhalt gezeigt hat, dass es schwierig ist, die rechten Parteien unter einen Hut zu bekommen. Darin ist sich die DVU offensichtlich mit NPD-Chef Voigt einig, dessen Stellungnahme zur Wahl mit den Sätzen endet: „Der Gedanke, über eine Volksfront eine deutsche Volksbewegung zu schaffen, hat nichts an seiner Aktualität und Bedeutung verloren. NPD, DVU und viele Freie Kräfte leben dies vor und werden weiter zusammenstehen und daran arbeiten, den gemeinsamen Willen durch Konzentration der Kräfte weiter zu verstärken. Wer sich jetzt noch zu fein ist, mitzumachen oder wieder von einer neuen Partei träumt, die den Konkurrenzdruck noch verschärft, verrät unser Vaterland.“

JF entdeckt neue Opfer

Junge Freiheit Nr. 11/06 vom 10.3.2006

Mehrere Seiten widmet das Blatt in dieser Ausgabe der Verfolgung von Christen in der ganzen Welt. Man muss damit rechnen, dass dies eine Kampagne werden kann, vor kurzem äußerte ein evangelischer Pastor in Köln, wenn DITIB, eine von der Türkei unterstützte islamische Organisation, eine Moschee in Köln-Ehrenfeld bauen wolle, müsse sie sich erstmal von den Christenverfolgungen in der Türkei distanzieren. Kurz danach versuchten Neonazis eine Demonstration gegen den Moscheebau (siehe AN 5-06). Diesmal veröffentlicht das Blatt ein Interview mit einem *Dr. Paul Murdoch*, Leiter des Arbeitskreises Religionsfreiheit der Deutschen Evangelischen Allianz, einem Zusammenschluss evangelikaler und freikirchlicher Gemeinden. Murdoch hat lange Jahre als Missionar den Alleinvertretungsanspruch der christlichen Religion in Finnland, Pakistan und Mikronesien gepredigt. Er behauptet, jährlich würden Menschen wegen ihres christlichen Glaubens in einer Zahl umgebracht, die im fünfstelligen Bereich liege. Wobei seine Auslegung, wann jemand aus Glaubensgründen umgebracht wird, sehr weit gefasst ist: „Zum Beispiel, wenn die arme christliche Bevölkerung unter den Interessen von Grundbesitzern oder Industriellen oder denen des mit ihnen kungelnden korrupten Regimes ... leiden müssen. Heute haben wir es mit einer solchen Situation in Bolivien, Kolumbien, Ekuador und Chiapas (Mexiko) zu tun.“ Die Tatsache, dass sich die Herrschenden in diesen Staaten ebenfalls zur christlichen Religion zählen, berührt Murdoch nicht.

Erzwungene Einwanderung?

Junge Freiheit Nr. 12/06 vom 17. 3.2006

Doris Neujahr, langjährige Autorin des Blattes, entdeckt einen neuen Grund für die Immigration in die Bundesrepublik: „Häufig wird darauf verwiesen, dass Deutschland sie (die Zuwanderung) mit dem Ruf nach Gastarbeitern ja selbst in Gang gesetzt habe ... Im übrigen ist die deutsche und ökonomische Binnenperspektive viel zu eng, um die Entwicklung zu erfassen. Es haben auch außenpolitische und militärstrategische Überlegungen eine Rolle gespielt, auf die Deutschland nur einen begrenzten Einfluss hatte, für deren Folgen es aber aufkommen musste. Nehmen wir die Türkei, aus der seit den frühen sechziger Jahren die meisten ‚Migranten‘ kommen ... Weil die Türken mit der Haltung des Westens unzufrieden waren, begannen sie, sich der Sowjetunion anzunähern – eine Katastrophe. Der Nato-Partner musste stabilisiert werden. Der Export überschüssiger Arbeitskräfte und die Armutswanderung nach Deutschland entspannte die innenpolitische Lage. In diesem Zusammenhang ist auch das ungewöhnlich großzügige Sozialabkommen von 1965 zu sehen, durch das die Großfamilien türkischer Arbeitnehmer in Deutschland mitversichert sind. Geht man wirklich fehl mit der Vermutung, dass der souveräne Entscheidungsspielraum in dieser Frage minimal gewesen ist?“ So paart sich dann Anti-Amerikanismus mit Rassismus, ohne von den Realitäten Kenntnis zu nehmen. Ein Blick in die westlichen Nachbarstaaten der Bundesrepublik hätte genügt. *u.b., uld* ■